

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p align="center"><b>§ 1 Anwendungsbereich</b></p>	<p align="center"><b>§ 1 Anwendungsbereich</b></p>
<p>(2) Dieses Gesetz gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anlagen des öffentlichen Verkehrs, einschließlich Zubehör, Nebenanlagen und Nebenbetrieben, ausgenommen Gebäude,</li> <li>2. Anlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, ausgenommen Gebäude,</li> <li>3. Leitungen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Wärme, der öffentlichen Abwasserentsorgung oder der Telekommunikation dienen,</li> <li>4. Rohrleitungen, die dem Ferntransport von Stoffen dienen,</li> <li>5. Kräne und Krananlagen.</li> </ol> <p align="right"><i>neuer Tatbestand</i> <i>neuer Tatbestand</i></p>	<p>(2) Dieses Gesetz gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anlagen des öffentlichen Verkehrs einschließlich Zubehör, Nebenanlagen und Nebenbetrieben, ausgenommen Gebäude,</li> <li>2. Anlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, ausgenommen Gebäude,</li> <li>3. Leitungen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Wärme, der öffentlichen Abwasserentsorgung oder der Telekommunikation dienen,</li> <li>4. Rohrleitungen, die dem Ferntransport von Stoffen dienen,</li> <li>5. Kräne und Krananlagen,</li> <li>6. Messestände in Messe- und Ausstellungsgebäuden,</li> <li>7. Regale und Regalanlagen in Gebäuden, soweit sie nicht Teil der Gebäudekonstruktion sind und keine Erschließungsfunktion haben.</li> </ol>
<p align="center"><b>§ 2 Begriffe</b></p>	<p align="center"><b>§ 2 Begriffe</b></p>
<p align="right"><i>neuer Tatbestand</i></p>	<p>(1) ... <sup>2</sup>Bauliche Anlagen sind auch</p> <p>11. Regale im Freien, Regale, die Teil der Gebäudekonstruktion sind und/oder Erschließungsfunktion haben.</p>

<b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b>	<b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b>
<p>(3) <sup>1</sup>Gebäude werden in folgende Gebäudeklassen eingeteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Gebäudeklasse 1:<ol style="list-style-type: none"><li>a) frei stehende Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup> und</li><li>b) frei stehende land- oder forstwirtschaftlich genutzte Gebäude,</li></ol></li><li>2. Gebäudeklasse 2:<p>Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>,</p></li><li>3. Gebäudeklasse 3:<p>sonstige Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m,</p></li><li>4. Gebäudeklasse 4:<p>Gebäude mit einer Höhe bis zu 13 m und Nutzungseinheiten mit jeweils nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>,</p></li><li>5. Gebäudeklasse 5:<p>sonstige Gebäude, einschließlich unterirdischer Gebäude.</p></li></ol> <p><sup>2</sup>Höhe im Sinne des Satzes 1 ist das Maß der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum möglich ist, über der Geländeoberfläche im Mittel. <sup>3</sup>Die Grundflächen der Nutzungseinheiten im Sinne dieses Gesetzes sind die Bruttogrundflächen; bei der Berechnung der Bruttogrundflächen nach Satz 1 bleiben Flächen in Kellergeschossen außer Betracht.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Gebäude werden in folgende Gebäudeklassen eingeteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Gebäudeklasse 1:<ol style="list-style-type: none"><li>a) frei stehende Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup> und</li><li>b) frei stehende land- oder forstwirtschaftlich genutzte Gebäude,</li></ol></li><li>2. Gebäudeklasse 2:<p>Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m und nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>,</p></li><li>3. Gebäudeklasse 3:<p>sonstige Gebäude mit einer Höhe bis zu 7 m,</p></li><li>4. Gebäudeklasse 4:<p>Gebäude mit einer Höhe bis zu 13 m und Nutzungseinheiten mit jeweils nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>,</p></li><li>5. Gebäudeklasse 5:<p>sonstige Gebäude, einschließlich unterirdischer Gebäude.</p></li></ol> <p><sup>2</sup>Höhe im Sinne des Satzes 1 ist das Maß der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum möglich ist, über der Geländeoberfläche im Mittel. <sup>3</sup>Die Grundflächen der Nutzungseinheiten im Sinne dieses Gesetzes sind die Bruttogrundflächen; bei der Berechnung der Bruttogrundflächen nach Satz 1 bleiben Flächen in Kellergeschossen außer Betracht.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><i>neue Öffnungsklausel zur beabsichtigten Privilegierung des „Bremer Hauses“</i></p>	<p><sup>4</sup>Abweichend von der Höhenbestimmung nach Satz 2 ist ein Gebäude in die Gebäudeklasse 2 einzustufen, wenn</p> <p>a) von der Höhe der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Aufenthaltsraumes über der Stelle der Geländeoberfläche, von der ein Aufenthaltsraum jeder Nutzungseinheit über die Rettungsgeräte der Feuerwehr erreichbar ist, die Höhe des Gebäudes 7 Meter nicht überschreitet,</p> <p>b) es in geschlossener Bauweise errichtet ist,</p> <p>c) es sich um ein Wohngebäude im Sinne des Absatzes 5 handelt und</p> <p>d) es aus nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten von insgesamt nicht mehr als 400 m<sup>2</sup> besteht.</p> <p><sup>5</sup>Die Berufsfeuerwehr hat vor Einreichung des Bauantrages schriftlich zu bestätigen, dass hinsichtlich der Personenrettung bei Vorhaben nach Satz 4 keine Bedenken bestehen.</p>
<p>(4) Sonderbauten sind Anlagen und Räume besonderer Art oder Nutzung, die einen der nachfolgenden Tatbestände erfüllen:                  (...)                  3. Gebäude mit mehr als 1 600 m<sup>2</sup> Grundfläche des Geschosses mit der größten Ausdehnung, ausgenommen Wohngebäude,                  (...)</p>	<p>(4) Sonderbauten sind Anlagen und Räume besonderer Art oder Nutzung, die einen der nachfolgenden Tatbestände erfüllen:                  (...)                  3. Gebäude mit mehr als 1 600 m<sup>2</sup> Grundfläche des Geschosses mit der größten Ausdehnung, ausgenommen Wohngebäude und Garagen,                  (...)                  7. Versammlungsstätten</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>7. Versammlungsstätten</p> <p>a) (...)</p> <p>b) im Freien mit Szenenflächen und Freisportanlagen, deren Besucherbereich jeweils mehr als 1000 Besucher fasst und ganz oder teilweise aus baulichen Anlagen besteht,</p> <p>8. Schank- und Speisegaststätten mit mehr als 40 Gastplätzen, Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Betten und Spielhallen mit mehr als 150 m<sup>2</sup> Grundfläche,</p> <p style="text-align: right;"><i>neuer Tatbestand</i></p> <p>9. Krankenhäuser, Heime und sonstige Einrichtungen zur Unterbringung oder Pflege von Personen,</p> <p>10. Tageseinrichtungen für Kinder, behinderte und alte Menschen,  <i>neue Regelung auf Grundlage des Beschlusses der FK Bauaufsicht zu TOP der 312. Sitzung am 18./19.05.2017</i></p> <p>11. Schulen, Hochschulen und ähnliche Einrichtungen,</p> <p>12. Justizvollzugsanstalten und bauliche Anlagen für den Maßre-</p>	<p>a) (...)</p> <p>b) im Freien mit Szenenflächen sowie Freisportanlagen jeweils mit Tribünen, die keine Fliegenden Bauten sind und insgesamt mehr als 1000 Besucher fassen,</p> <p>8. Schank- und Speisegaststätten mit mehr als 40 Gastplätzen in Gebäuden oder mehr als 1000 Gastplätzen im Freien, Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Betten und Spielhallen mit mehr als 150 m<sup>2</sup> Grundfläche,</p> <p>9. Gebäude mit Nutzungseinheiten zum Zwecke der Pflege oder Betreuung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung, deren Selbstrettungsfähigkeit eingeschränkt ist, wenn die Nutzungseinheiten</p> <p>a) einzeln für mehr als 6 Personen oder</p> <p>b) für Personen mit Intensivpflegebedarf bestimmt sind, oder</p> <p>c) einen gemeinsamen Rettungsweg haben und für insgesamt mehr als 12 Personen bestimmt sind,</p> <p>10. Krankenhäuser,</p> <p>11. Wohnheime,</p> <p>12. Tageseinrichtungen für Kinder, Menschen mit Behinderung und alte Menschen, sonstige Einrichtungen zur Unterbringung von Personen, ausgenommen Tageseinrichtungen einschließlich Tagespflege für nicht mehr als 10 Kinder,</p> <p>13. Schulen, Hochschulen und ähnliche Einrichtungen,</p> <p>14. Justizvollzugsanstalten und bauliche Anlagen für den Maßre-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>gelvollzug,            13. Camping- und Wochenendplätze,            14. Freizeit- und Vergnügungsparks,            15. Fliegende Bauten, soweit ...            16. Regallager ...            17. bauliche Anlagen, ...            18. Anlagen und Räume, die in den Nummern 1 bis 17 nicht aufgeführt ....</p>	<p>gelvollzug,            15. Camping- und Wochenendplätze,            16. Freizeit- und Vergnügungsparks,            17. Fliegende Bauten, soweit ...            18. Regallager ...            19. bauliche Anlagen, ...            20. Anlagen und Räume, die in den Nummern 1 bis 19 nicht aufgeführt ....</p>
<p>(10) <sup>1</sup>Straßenhöhe ist die Höhe der Straße an der Grundstücksgrenze im Bereich der baulichen Anlage; bei geneigtem Gelände ist die mittlere Höhe maßgebend. <sup>2</sup>Ist die Straße noch nicht hergestellt, wird die Straßenhöhe durch die Bauaufsichtsbehörde bestimmt.</p>	<p>(10) <sup>1</sup>Straßenhöhe <b>im Sinne dieses Gesetzes</b> ist die Höhe der Straße an der Grundstücksgrenze im Bereich der baulichen Anlage; bei geneigtem Gelände ist die mittlere Höhe maßgebend. <sup>2</sup>Ist die Straße noch nicht hergestellt, wird die Straßenhöhe durch die Bauaufsichtsbehörde bestimmt.</p>
<p><i>neue Legaldefinition</i></p>	<p><b>(14) Barrierefrei sind bauliche Anlagen, soweit sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.</b></p>
<p>(14) Bauprodukte sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Baustoffe, Bauteile und Anlagen, die hergestellt werden, um dauerhaft in bauliche Anlagen eingebaut zu werden,</li> <li>2. aus Baustoffen und Bauteilen vorgefertigte Anlagen, die hergestellt werden, um mit dem Erdboden verbunden zu werden, wie Fertighäuser, Fertigaragen und Silos.</li> </ol>	<p><b>(15) Bauprodukte sind</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. Produkte, Baustoffe, Bauteile und Anlagen sowie Bausätze gemäß Art. 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) Nummer 305/2011, die hergestellt werden, um dauerhaft in bauliche Anlagen eingebaut zu werden,</b></li> <li><b>2. aus Produkten, Baustoffen, Bauteilen sowie Bausätzen gemäß Art. 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 vorgefertigte</b></li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>Anlagen, die hergestellt werden, um mit dem Erdboden verbunden zu werden                      und deren Verwendung sich auf die Anforderungen nach § 3 Satz 1 auswirken kann.</p>
<p><b>§ 3 Allgemeine Anforderungen</b></p>	<p><b>§ 3 Allgemeine Anforderungen</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Anlagen sind so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit nicht gefährdet sowie die natürlichen Lebensgrundlagen geschont und keine unzumutbaren Belästigungen verursacht werden. <sup>2</sup>Dabei soll auf die Belange Behinderter Rücksicht genommen werden.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Anlagen sind so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit nicht gefährdet sowie die natürlichen Lebensgrundlagen geschont und keine unzumutbaren Belästigungen verursacht werden. <sup>2</sup>Dabei soll auf die Belange von Menschen mit Behinderung Rücksicht genommen werden und es sind die Grundanforderungen an Bauwerke gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Dies gilt auch für die Beseitigung von Anlagen und bei der Änderung ihrer Nutzung.</p>
<p>(2) Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und gebrauchstauglich sind.</p>	<p>verschoben, siehe § 16 a Absatz 1 und § 16 b</p>
<p>(3) <sup>1</sup>Die von der obersten Bauaufsichtsbehörde durch öffentliche Bekanntmachung als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln sind zu beachten. <sup>2</sup>Bei der Bekanntmachung kann hinsichtlich ihres Inhalts auf die Fundstelle verwiesen werden. <sup>3</sup>Von den Technischen Baubestimmungen kann abgewichen werden, wenn mit</p>	<p>verschoben, siehe § 85 Absatz 1 Satz 1</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p>einer anderen Lösung in gleichem Maße die allgemeinen Anforderungen des Absatzes 1 erfüllt werden; § 17 Absatz 3 und § 21 bleiben unberührt.</p>	
<p>(4) Für die Beseitigung von Anlagen, für die Änderung ihrer Nutzung und für die Baugrundstücke gelten die Absätze 1 und 3 entsprechend.</p>	<p><i>verschoben, siehe Absatz 1 Satz 4</i></p>
<p>(5) Bauprodukte und Bauarten, die in Vorschriften anderer Vertragsstaaten des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den europäischen Wirtschaftsraum genannten technischen Anforderungen entsprechen, dürfen verwendet oder angewendet werden, wenn das geforderte Schutzniveau in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.</p>	<p><i>verschoben, siehe § 16 a Absatz 6 und § 16 b Absatz 2</i></p>
<p><b>§ 4                      Bebauung der Grundstücke mit Gebäuden</b></p>	<p><b>§ 4                      Bebauung der Grundstücke mit Gebäuden</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Gebäude dürfen nur errichtet werden, wenn das Grundstück in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat. <sup>2</sup>Für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2 sind nicht befahrbare Wohnwege von nicht mehr als 50 m Länge zulässig. <sup>3</sup>Einer öffentlich-rechtlichen Sicherung der Zufahrt bedarf es nicht, wenn die Benutzung durch Miteigentumsanteile, die im Bestandsverzeichnis des Grundbuchblatts unter der Nummer des Baugrundstücks eingetragen sind, gesichert ist.</p>	<p>(1) 1Gebäude dürfen nur errichtet <b>oder geändert</b> werden, wenn das Grundstück in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche liegt oder wenn das Grundstück eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche hat. 2Für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2 sind nicht befahrbare Wohnwege von nicht mehr als 50 m Länge zulässig. <sup>3</sup>Einer öffentlich-rechtlichen Sicherung der Zufahrt bedarf es nicht, wenn die Benutzung durch Miteigentumsanteile, die im Bestandsverzeichnis des Grundbuchblatts unter der Nummer des Baugrundstücks eingetragen sind, gesichert ist.</p>
<p>(2) Ein Gebäude auf mehreren Grundstücken ist nur zulässig, wenn öffentlich-rechtlich gesichert ist, dass dadurch keine Verhältnisse eintre-</p>	<p>(2) <b>Bauliche Anlagen</b> auf mehreren Grundstücken <b>sind</b> nur zulässig, wenn öffentlich-rechtlich gesichert ist, dass dadurch keine Verhältnisse</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>ten können, die Vorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes widersprechen.</p>	<p>eintreten können, die Vorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes widersprechen.</p> <p><sup>2</sup>Dies gilt bei bestehenden Gebäuden nicht für eine Außenwand- und Dachdämmung, die über die Bauteilanforderungen der Energieeinsparverordnung in der jeweils geltenden Fassung für bestehende Gebäude nicht hinausgeht. <sup>3</sup>Satz 2 gilt entsprechend für die mit der Wärmedämmung zusammenhängenden notwendigen Änderungen von Bauteilen.</p>
<p align="center"><b>§ 6                  Abstandsflächen, Abstände</b></p>	<p align="center"><b>§ 6                  Abstandsflächen, Abstände</b></p>
<p>(5) <sup>1</sup>Die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 0,4 H, mindestens 3 m. <sup>2</sup>In Gewerbe- und Industriegebieten genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m. <sup>3</sup>Vor den Außenwänden von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2 mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschossen genügt als Tiefe der Abstandsfläche 3 m. <sup>4</sup>Nachbarschützende Wirkung kommt nur Dreiviertel der Tiefe der nach Satz 1 bis 3 erforderlichen Abstandsfläche, mindestens jedoch einer Tiefe von 2,50 m zu. <sup>5</sup>Zwingende Festsetzungen einer städtebaulichen Satzung, die abweichende Maße der Abstandsflächentiefe ergeben, haben den Vorrang.</p> <p align="right"><i>neue Abweichungsmöglichkeit</i></p>	<p>(5) <sup>1</sup>Die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 0,4 H, mindestens 3 m. <sup>2</sup>In Gewerbe- und Industriegebieten genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m. <sup>3</sup>Vor den Außenwänden von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2 mit nicht mehr als drei oberirdischen Geschossen genügt als Tiefe der Abstandsfläche 3 m. <sup>4</sup>Nachbarschützende Wirkung kommt nur Dreiviertel der Tiefe der nach Satz 1 bis 3 erforderlichen Abstandsfläche, mindestens jedoch einer Tiefe von 2,50 m zu. <sup>5</sup>Zwingende Festsetzungen einer städtebaulichen Satzung, die abweichende Maße der Abstandsflächentiefe ergeben, haben den Vorrang.</p> <p><sup>6</sup>Eine von Satz 1 abweichende Abstandsflächentiefe kann nach § 67 in innerstädtisch dicht bebauten Gebieten zugelassen werden, wenn die Gebäudehöhe städtebaulich vertetbar und mit den nachbarlichen Belangen vereinbar ist.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>(6) <sup>1</sup>Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben außer Betracht</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. vor die Außenwand vortretende Bauteile wie Gesimse und Dachüberstände,</li> <li>3. untergeordnete eingeschossige Wintergärten, die nicht zum dauernden Aufenthalt geeignet sind und nicht in offener Verbindung zu einem Aufenthaltsraum stehen,</li> <li>2. untergeordnete Vorbauten wie Erker und Balkone, die insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und nicht mehr als 1,50 m vor die jeweilige Außenwand vortreten,</li> </ol> <p><sup>2</sup>Von der gegenüberliegenden Nachbargrenze müssen Vorbauten nach Nummern 2 und 3 sowie Bauteile nach Nummer 4 mindestens 2,50 m entfernt bleiben.</p>	<p>(6) Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben außer Betracht</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. vor die Außenwände vortretende Bauteile wie Gesimse und Dachüberstände,</li> <li>2. <b>Aufschüttungen und nicht überdachte Terrassen, soweit sie nicht höher als 1,00 m über der natürlichen Geländeoberfläche sind,</b></li> <li>3. <b>überdachte Terrassen sowie</b> untergeordnete eingeschossige Wintergärten, die nicht zum dauernden Aufenthalt geeignet sind und nicht in offener Verbindung zu einem Aufenthaltsraum stehen,</li> <li>4. untergeordnete Vorbauten wie <b>eingeschossige</b> Erker und Balkone, die insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen und nicht mehr als 1,50 m vor die jeweilige Außenwand vortreten,</li> <li>5. <b>bei Gebäuden an der Grundstücksgrenze die Seitenwände von Vorbauten und Dachaufbauten, auch wenn sie nicht an der Grundstücksgrenze errichtet werden.</b></li> </ol> <p><sup>2</sup>Von der gegenüberliegenden Nachbargrenze müssen Vorbauten nach Nummern <b>3 und 4</b> mindestens 2,50 m entfernt bleiben.</p>
<p>4. nachträgliche Wärmeschutzmaßnahmen an bestehenden Gebäuden mit höchstens 25 cm Dicke.</p> <p><sup>3</sup>Bei nachträglichen Wärmeschutzmaßnahmen nach Nummer 4 gilt Satz 2 nicht, wenn ausschließlich nichtbrennbare Baustoffe der Bau-</p>	<p>(7) <sup>1</sup>Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung und Solaranlagen an bestehenden Gebäuden unabhängig davon, ob diese den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 entsprechen, außer Betracht, wenn sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>eine Stärke von nicht mehr als 0,25 m aufweisen und</b></li> <li>2. <b>mindestens 2,50 m von der Nachbargrenze zurückbleiben.</b></li> </ol>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>stoffklasse A verwendet werden.</p>	<p><sup>2</sup>§ 67 Absatz 1 Satz 1 bleibt unberührt.</p>
<p>(7) <sup>1</sup>In den Abstandsflächen eines Gebäudes sowie ohne eigene Abstandsflächen sind, auch wenn sie nicht an die Grundstücksgrenze oder an das Gebäude angebaut werden, zulässig</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Garagen und Gebäude ohne Aufenthaltsräume und Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe an der Grenze bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m; abweichend von Absatz 4 wird die Höhe von Giebelflächen lediglich zu einem Drittel der Wandhöhe hinzugerechnet und die Höhe von Dächern mit einer Neigung bis zu 45 Grad bleibt unberücksichtigt,</li> <li>2. gebäudeunabhängige Solaranlagen mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m,</li> <li>3. Stützmauern und geschlossene Einfriedungen in Gewerbe- und Industriegebieten, außerhalb dieser Baugebiete mit einer Höhe bis zu 2 m.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Die Länge der die Abstandsflächentiefe gegenüber den Grundstücksgrenzen nicht einhaltenden Bebauung nach Nummern 1 und 2 darf auf einem Grundstück insgesamt 18 m nicht überschreiten.</p>	<p>(8) <sup>1</sup>In den Abstandsflächen eines Gebäudes sowie ohne eigene Abstandsflächen sind, auch wenn sie nicht an die Grundstücksgrenze oder an das Gebäude angebaut werden, zulässig (...)</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Garagen und Gebäude ohne Aufenthaltsräume und Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe an der Grenze bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m, wobei Dachüberstände und Gesimse von insgesamt nicht mehr als 0,50 m unberücksichtigt bleiben; abweichend von Absatz 4 wird die Höhe von Giebelflächen lediglich zu einem Drittel der Wandhöhe hinzugerechnet und die Höhe von Dächern mit einer Neigung bis zu 45 Grad bleibt unberücksichtigt,</li> <li>2. gebäudeunabhängige Solaranlagen mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m,</li> <li>3. Stützmauern und geschlossene Einfriedungen in Gewerbe- und Industriegebieten, außerhalb dieser Baugebiete mit einer Höhe bis zu 2 m.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Die Länge der die Abstandsflächentiefe gegenüber den Grundstücksgrenzen nicht einhaltenden Bebauung nach Nummern 1 und 2 darf auf einem Grundstück insgesamt 18 m nicht überschreiten.</p>
<p align="center"><b>§ 8 Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kinderspielplätze</b></p>	<p align="center"><b>§ 8 Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kinderspielplätze</b></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Bei der Errichtung von Gebäuden mit insgesamt mehr als drei Wohnungen ist auf dem Baugrundstück oder in unmittelbarer Nähe auf</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen mit mehr als 40 m<sup>2</sup> Wohnfläche ist auf dem Baugrundstück oder in unmittel-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p>einem anderen geeigneten Grundstück, dessen dauerhafte Nutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert sein muss, ein ausreichend großer Kinderspielplatz anzulegen und instand zu halten.</p> <p><sup>2</sup>Auf die in Satz 1 genannte Zahl werden nicht angerechnet:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die vor dem 15. Juni 1973 genehmigten Wohnungen,</li> <li>2. Einraumwohnungen mit höchstens 40 m<sup>2</sup> Wohnfläche,</li> <li>3. Wohnungen in Gebäuden mit dem Erscheinungsbild und der Nutzung von Einfamilienhäusern, wenn deren Aufenthaltsräume einen unmittelbaren Zugang zu einer zum Spielen geeigneten und der ausschließlichen Verfügung des Wohnungsinhabers unterliegenden Gartenfläche haben,</li> <li>4. Wohnungen mit einer besonderen Zweckbestimmung, in denen Kinder üblicherweise nicht wohnen.</li> </ol> <p><sup>3</sup>Die Größe der Kinderspielplätze richtet sich nach der Art und Anzahl der Wohnungen auf dem Grundstück.</p>	<p>telbarer Nähe auf einem anderen geeigneten Grundstück, dessen dauerhafte Nutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert sein muss, ein ausreichend großer Kinderspielplatz anzulegen und instand zu halten.</p> <p><sup>2</sup>Dies gilt nicht, wenn in unmittelbarer Nähe eine Gemeinschaftsanlage geschaffen oder erweitert wird oder ein solcher Spielplatz wegen der Art und der Lage der Wohnung nicht erforderlich ist.</p> <p><sup>3</sup>Die Größe der Kinderspielplätze richtet sich nach der Art und Anzahl der Wohnungen auf dem Grundstück.</p>
<p>(4) <sup>1</sup>Kann der Kinderspielplatz nicht hergestellt werden, so ist diese Verpflichtung durch die Zahlung eines Geldbetrages für die Gestaltung von Kinderspielmöglichkeiten an die Gemeinde zu erfüllen.</p> <p><sup>2</sup>Die Höhe des Ablösungsbetrages wird für die Stadtgemeinde Bremen von der obersten Bauaufsichtsbehörde und für die Stadtgemeinde Bremerhaven vom Magistrat der Stadt Bremerhaven festgesetzt; sie darf 80 vom Hundert der durchschnittlichen Kosten für die Herstellung und die Unterhaltung nicht übersteigen.</p>	<p>(4) <sup>1</sup>Kann der Kinderspielplatz nicht <b>oder nur unter großen Schwierigkeiten hergestellt</b> werden, so ist diese Verpflichtung durch die Zahlung eines Geldbetrages für die <b>Errichtung, Gestaltung und Unterhaltung</b> von Kinderspielmöglichkeiten an die <b>zuständige Gemeinde</b> zu erfüllen. <sup>2</sup>Die <b>Ablösung ist auch zulässig, wenn in unmittelbarer Nähe eine öffentliche Spielfläche geschaffen wird oder vorhanden ist.</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 10 Anlagen der Außenwerbung, Automaten</b></p>	<p><b>§ 10 Anlagen der Außenwerbung, Automaten</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Werbeanlagen dürfen die der architektonischen Gliederung dienenden Bauteile nicht überschneiden oder verdecken. <sup>2</sup>An Vorbauten, wie Erker oder Balkone, dürfen Werbeanlagen nicht nach vorn oder seitlich abstehend angebracht werden. <sup>3</sup>Die störende Häufung von Werbeanlagen ist unzulässig.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Werbeanlagen dürfen die der architektonischen Gliederung dienenden Bauteile nicht überschneiden oder verdecken; <b>von den Gebäudedekanten müssen sie mindestens 1,00 m entfernt sein.</b> <sup>2</sup>An Vorbauten, wie Erker oder Balkone, dürfen Werbeanlagen nicht nach vorn oder seitlich abstehend angebracht werden. <sup>3</sup>Die störende Häufung von Werbeanlagen ist unzulässig.</p>
<p><b>§ 13 Schutz gegen schädliche Einflüsse</b></p>	<p><b>§ 13 Schutz gegen schädliche Einflüsse</b></p>
<p>(2) Bei Vorhaben, die eine Klärung der Eignung des Baugrundstücks im Sinne des Absatzes 1 erfordern, ist der Entwurfsverfasser bei der Erstellung des Entwurfs verpflichtet, der für den Bodenschutz zuständigen Stelle die zu diesem Zweck erforderlichen Angaben über das geplante Vorhaben zu übermitteln und mit den Bauvorlagen Angaben über die Sondierungspflicht nach § 5 des Gesetzes zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel zu machen.</p> <p><i>neue Regelabfrage für alle Bauvorhaben zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie</i></p>	<p>(2) Bei Vorhaben, die eine Klärung der Eignung des Baugrundstücks im Sinne des Absatzes 1 erfordern, ist der Entwurfsverfasser bei der Erstellung des Entwurfs verpflichtet</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der für den Bodenschutz zuständigen Stelle die zu diesem Zweck erforderlichen Angaben über das geplante Vorhaben zu übermitteln,</li> <li>2. mit den Bauvorlagen Angaben zu machen                         <ol style="list-style-type: none"> <li>a) über die Sondierungspflicht nach § 5 des Gesetzes zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel und</li> <li><b>(b) ob es sich um die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer schutzbedürftigen Nutzung nach § 70 Absatz 3 Satz 2 handelt, die innerhalb eines von der Immissionsschutzbehörde im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekanntgemachten Achtungsabstandes oder angemessenen Sicherheitsabstandes im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274) in der jeweils geltenden Fas-</b></li> </ol> </li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018                  Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                  Bremische Änderungen</b></p>
	<p>sung liegt.</p>
<p><b>§ 21                  Bauarten</b></p>	<p><b>§ 16 a                  Bauarten</b></p>
<p><b>§ 3 (2)</b> Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und gebrauchstauglich sind.</p>	<p><b>(1)</b> Bauarten dürfen nur angewendet werden, wenn bei ihrer Anwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und für ihren Anwendungszweck tauglich sind.</p>
<p><b>§ 21 (1)</b> <sup>1</sup>Bauarten, die von Technischen Baubestimmungen wesentlich abweichen oder für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik nicht gibt (nicht geregelte Bauarten), dürfen bei der Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen nur angewendet werden, wenn für sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung (§ 18) oder</li> <li>2. eine Zustimmung im Einzelfall (§ 20)</li> </ol> <p>erteilt worden ist. <sup>2</sup>Anstelle einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung genügt ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis, wenn die Bauart nicht der Erfüllung erheblicher Anforderungen an die Sicherheit baulicher Anlagen dient oder nach allgemein anerkannten Prüfverfahren beurteilt wird. <sup>3</sup>Das Deutsche Institut für Bautechnik macht diese Bauarten mit der Angabe der maßgebenden technischen Regeln und, soweit es keine allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt, mit der Bezeichnung der Bauarten im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde in der Bauregelliste A bekannt. <sup>4</sup>§ 17 Absatz 5 und 6 sowie § 18, § 19 Absatz 2 und § 20 gelten entsprechend. <sup>5</sup>Wenn Gefahren im Sinne des § 3 Absatz 1 nicht zu erwarten sind, kann die</p>	<p><b>(2)</b> <sup>1</sup>Bauarten, die von Technischen Baubestimmungen nach § 85 Absatz 2 Nummer 2 oder Nummer 3 Buchstabe a) wesentlich abweichen oder für die es allgemein anerkannte Regeln der Technik nicht gibt, dürfen bei der Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen nur angewendet werden, wenn für sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine allgemeine Bauartgenehmigung durch das Deutsche Institut für Bautechnik oder</li> <li>2. eine vorhabenbezogene Bauartgenehmigung durch die oberste Bauaufsichtsbehörde</li> </ol> <p>erteilt worden ist. <sup>2</sup>§ 18 Absätze 2 bis 7 gelten entsprechend.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>oberste Bauaufsichtsbehörde im Einzelfall oder für genau begrenzte Fälle allgemein festlegen, dass eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung, ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis oder eine Zustimmung im Einzelfall nicht erforderlich ist.</p>	
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(3) <sup>1</sup>Anstelle einer allgemeinen Bauartgenehmigung genügt ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis für Bauarten, wenn die Bauart nach allgemein anerkannten Prüfverfahren beurteilt werden kann. <sup>2</sup>In der Verwaltungsvorschrift nach § 85 werden diese Bauarten mit der Angabe der maßgebenden technischen Regeln bekannt gemacht. § 19 Absatz 2 gilt entsprechend.</p>
<p>§ 21 (2) Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung vorschreiben, dass für bestimmte Bauarten, auch soweit sie Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, Absatz 1 ganz oder teilweise anwendbar ist, wenn die anderen Rechtsvorschriften dies verlangen oder zulassen.</p>	<p>(4) Wenn Gefahren im Sinne des § 3 nicht zu erwarten sind, kann die oberste Bauaufsichtsbehörde im Einzelfall oder für genau begrenzte Fälle allgemein festlegen, dass eine Bauartgenehmigung nicht erforderlich ist.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(5) Bauarten bedürfen einer Bestätigung ihrer Übereinstimmung mit den Technischen Baubestimmungen nach § 85 Absatz 2, den allgemeinen Bauartgenehmigungen, den allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen für Bauarten oder den vorhabenbezogenen Bauartgenehmigungen; als Übereinstimmung gilt auch eine Abweichung, die nicht wesentlich ist. § 21 Absatz 2 gilt für den Anwender der Bauart entsprechend.</p>
<p>§ 17 (5) <sup>1</sup>Bei Bauprodukten nach Absatz 1 Nummer 1, deren Herstellung in außergewöhnlichem Maß von der Sachkunde und Erfahrung der damit betrauten Personen oder von einer Ausstattung mit besonderen Vorrichtungen abhängt, kann in der allgemeinen bau-</p>	<p>(6) <sup>1</sup>Bei Bauarten, deren Anwendung in außergewöhnlichem Maß von der Sachkunde und Erfahrung der damit betrauten Personen oder von einer Ausstattung mit besonderen Vorrichtungen abhängt, kann in der Bauartgenehmigung oder durch Rechtsverordnung der ober-</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>aufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde vorgeschrieben werden, dass der Hersteller über solche Fachkräfte und Vorrichtungen verfügt und den Nachweis hierüber gegenüber einer Prüfstelle nach § 25 zu erbringen hat. <sup>2</sup>In der Rechtsverordnung können Mindestanforderungen an die Ausbildung, die durch Prüfung nachzuweisende Befähigung und die Ausbildungsstätten, einschließlich der Anerkennungsvoraussetzungen, gestellt werden.</p>	<p>ten Bauaufsichtsbehörde vorgeschrieben werden, dass der Anwender über solche Fachkräfte und Vorrichtungen verfügt und den Nachweis hierüber gegenüber einer Prüfstelle nach § 24 Satz 1 Nummer 6 zu erbringen hat. <sup>2</sup>In der Rechtsverordnung können Mindestanforderungen an die Ausbildung, die durch Prüfung nachzuweisende Befähigung und die Ausbildungsstätten einschließlich der Anerkennungsvoraussetzungen gestellt werden.</p>
<p><b>§ 17 (6)</b> Für Bauprodukte, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften oder ihres besonderen Verwendungszwecks einer außergewöhnlichen Sorgfalt bei Einbau, Transport, Instandhaltung oder Reinigung bedürfen, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde die Überwachung dieser Tätigkeiten durch eine Überwachungsstelle nach § 25 vorgeschrieben werden.</p>	<p><b>(7)</b> Für Bauarten, die einer außergewöhnlichen Sorgfalt bei Ausführung oder Instandhaltung bedürfen, kann in der Bauartgenehmigung oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde die Überwachung dieser Tätigkeiten durch eine Überwachungsstelle nach § 24 Satz 1 Nummer 5 vorgeschrieben werden.</p>
	<p><b>§ 16 b</b>  <b>Allgemeine Anforderungen für die Verwendung von Bauprodukten</b></p>
<p><b>§ 3 (2)</b> Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und gebrauchstauglich sind.</p>	<p><b>(1)</b> Bauprodukte dürfen nur verwendet werden, wenn bei ihrer Verwendung die baulichen Anlagen bei ordnungsgemäßer Instandhaltung während einer dem Zweck entsprechenden angemessenen Zeitdauer die Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erfüllen und gebrauchstauglich sind.</p>
<p><b>§ 3 (5)</b> Bauprodukte und Bauarten, die in Vorschriften anderer Vertragsstaaten des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den europäischen Wirtschaftsraum genannten technischen Anforderungen entsprechen, dürfen verwendet oder angewendet werden, wenn das geforderte</p>	<p><b>(2)</b> Bauprodukte, die in Vorschriften anderer Vertragsstaaten des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den europäischen Wirtschaftsraum genannten technischen Anforderungen entsprechen, dürfen verwendet werden, wenn das geforderte Schutzniveau gemäß § 3</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Schutzniveau in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.</p>	<p>gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.</p>
	<p><b>§ 16 c</b>  <b>Anforderungen für die Verwendung von CE-gekennzeichneten Bauprodukten</b></p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p><sup>1</sup>Ein Bauprodukt, das die CE-Kennzeichnung trägt, darf verwendet werden, wenn die erklärten Leistungen den in diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes festgelegten Anforderungen für diese Verwendung entsprechen. <sup>2</sup>Die §§ 17 bis 25 Absatz 1 gelten nicht für Bauprodukte, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 tragen.</p>
<p><b>§ 17                  Bauprodukte</b></p>	<p><b>§ 17                  Verwendbarkeitsnachweise</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Bauprodukte dürfen für die Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen nur verwendet werden, wenn sie für den Verwendungszweck</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. von den nach Absatz 2 bekannt gemachten technischen Regeln nicht oder nicht wesentlich abweichen (geregelt Bauprodukte) oder nach Absatz 3 zulässig sind und wenn sie aufgrund des Übereinstimmungsnachweises nach § 22 das Übereinstimmungszeichen (Ü-Zeichen) tragen oder</li> <li>2. nach den Vorschriften                         <ol style="list-style-type: none"> <li>a) des Bauproduktengesetzes (BauPG),</li> <li>b) zur Umsetzung der Richtlinie 89/106 EWG des Rates</li> </ol> </li> </ol>	<p>(1) Ein Verwendbarkeitsnachweis (§§ 18 bis 20) ist für ein Bauprodukt erforderlich, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. es keine Technische Baubestimmung und keine allgemein anerkannte Regel der Technik gibt,</li> <li>2. das Bauprodukt von einer Technischen Baubestimmung (§ 85 Absatz 2 Nummer 3) wesentlich abweicht oder</li> <li>3. eine Verordnung nach § 84 Absatz 4a es vorsieht.</li> </ol> <p><i>entfallen</i></p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018                  Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                  Bremische Änderungen</b></p>
<p>zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (Bauproduktenrichtlinie) vom 21. Dezember 1988 (ABl. EG Nummer L 40 S. 12), geändert durch Art. 4 der Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 (ABl. EG Nummer L 220 S. 1), durch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder</p> <p>c) zur Umsetzung sonstiger Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften, soweit diese die wesentlichen Anforderungen nach § 5 Absatz 1 BauPG berücksichtigen,</p> <p>in den Verkehr gebracht und gehandelt werden dürfen, insbesondere das Zeichen der Europäischen Gemeinschaften (CE-Kennzeichnung) tragen und dieses Zeichen die nach Absatz 7 Nummer 1 festgelegten Klassen- und Leistungsstufen ausweist oder die Leistung des Bauprodukts angibt.</p>	
<p><sup>2</sup>Sonstige Bauprodukte, die von allgemein anerkannten Regeln der Technik nicht abweichen, dürfen auch verwendet werden, wenn diese Regeln nicht in der Bauregelliste A bekannt gemacht sind. <sup>3</sup>Sonstige Bauprodukte, die von allgemein anerkannten Regeln der Technik abweichen, bedürfen keines Nachweises ihrer Verwendbarkeit nach Absatz 3.</p>	<p>(2) Ein Verwendbarkeitsnachweis ist nicht erforderlich für ein Bauprodukt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. das von einer allgemein anerkannten Regel der Technik abweicht oder</li> <li>2. das für die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes nur eine untergeordnete Bedeutung hat.</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(3) Die Technischen Baubestimmungen nach § 85 enthalten eine nicht abschließende Liste von Bauprodukten, die keines Verwendbarkeitsnachweises nach Absatz 1 bedürfen.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Das Deutsche Institut für Bautechnik macht im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde für Bauprodukte, für die nicht nur die Vorschriften nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 maßgebend sind, in der Bauregelliste A die technischen Regeln bekannt, die zur Erfüllung der in diesem Gesetz und in Vorschriften aufgrund dieses Gesetzes an bauliche Anlagen gestellten Anforderungen erforderlich sind. <sup>2</sup>Diese technischen Regeln gelten als Technische Baubestimmungen im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 1.</p>	<p>entfallen</p>
<p>(3) <sup>1</sup>Bauprodukte, für die technische Regeln in der Bauregelliste A nach Absatz 2 bekannt gemacht worden sind und die von diesen wesentlich abweichen oder für die es Technische Baubestimmungen oder allgemein anerkannte Regeln der Technik nicht gibt (nicht geregelte Bauprodukte), müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung (§ 18),</li> <li>2. ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis (§ 19) oder</li> <li>3. eine Zustimmung im Einzelfall (§ 20)</li> </ol> <p>haben. <sup>2</sup>Ausgenommen sind Bauprodukte, die für die Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes nur eine untergeordnete Bedeutung haben und die das Deutsche Institut für Bautechnik im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde in einer Liste C öffentlich bekannt gemacht hat.</p>	<p>entfallen</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p>(4) Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung vorschreiben, dass für bestimmte Bauprodukte, auch soweit sie Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, hinsichtlich dieser Anforderungen bestimmte Nachweise der Verwendbarkeit und bestimmte Übereinstimmungsnachweise nach Maßgabe der §§ 17 bis 20 und der §§ 22 bis 25 zu führen sind, wenn die anderen Rechtsvorschriften diese Nachweise verlangen oder zulassen.</p>	<p>verschoben nach § 84 Absatz 4a</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Bei Bauprodukten nach Absatz 1 Nummer 1, deren Herstellung in außergewöhnlichem Maß von der Sachkunde und Erfahrung der damit betrauten Personen oder von einer Ausstattung mit besonderen Vorrichtungen abhängt, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde vorgeschrieben werden, dass der Hersteller über solche Fachkräfte und Vorrichtungen verfügt und den Nachweis hierüber gegenüber einer Prüfstelle nach § 25 zu erbringen hat. <sup>2</sup>In der Rechtsverordnung können Mindestanforderungen an die Ausbildung, die durch Prüfung nachzuweisende Befähigung und die Ausbildungsstätten, einschließlich der Anerkennungsvoraussetzungen, gestellt werden.</p>	<p>verschoben nach § 16 a Absatz 4 und § 25 Absatz 1</p>
<p>(6) Für Bauprodukte, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften oder ihres besonderen Verwendungszwecks einer außergewöhnlichen Sorgfalt bei Einbau, Transport, Instandhaltung oder Reinigung bedürfen, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde die Überwachung dieser Tätigkeiten durch eine Überwachungsstelle nach § 25 vorgeschrieben werden.</p>	<p>verschoben nach § 25 Absatz 2</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p>(7) Das Deutsche Institut für Bautechnik kann im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde in der Bauregelliste B</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. festlegen, welche der Klassen und Leistungsstufen, die in Normen, Leitlinien oder europäischen technischen Zulassungen nach dem Bauproduktengesetz oder in anderen Vorschriften zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften enthalten sind, Bauprodukte nach Absatz 1 Nummer 2 erfüllen müssen, und</li> <li>2. bekannt machen, inwieweit andere Vorschriften zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaften die wesentlichen Anforderungen nach § 5 Absatz 1 Bauproduktengesetz nicht berücksichtigen.</li> </ol>	<p>entfallen</p>
<p>(8) Bei der Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen sollen möglichst umweltverträgliche Bauprodukte verwendet werden, unter Berücksichtigung ihrer Eigenschaften in den Phasen Herstellung, Nutzung und Entsorgung oder Wiederverwendung.</p>	<p>(4) Bei der Errichtung, Änderung und Instandhaltung baulicher Anlagen sollen möglichst umweltverträgliche Bauprodukte verwendet werden, unter Berücksichtigung ihrer Eigenschaften in den Phasen Herstellung, Nutzung und Entsorgung oder Wiederverwendung.</p>
<p><b>§ 18                      Allgemeine bauaufsichtliche Zulassung</b></p>	<p><b>§ 18                      Allgemeine bauaufsichtlich Zulassung</b></p>
<p>(1) Das Deutsche Institut für Bautechnik erteilt eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung für nicht geregelte Bauprodukte, wenn deren Verwendbarkeit im Sinne des § 3 Absatz 2 nachgewiesen ist.</p>	<p>(1) Das Deutsche Institut für Bautechnik erteilt unter den Voraussetzungen des § 17 Absatz 1 eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung für Bauprodukte, wenn deren Verwendbarkeit im Sinne des § 16 b Absatz 1 nachgewiesen ist.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018                  Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                  Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 19                  Allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis</b></p>	<p><b>§ 19                  Allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Bauprodukte,                  1. deren Verwendung nicht der Erfüllung erheblicher Anforderungen an die Sicherheit baulicher Anlagen dient, oder                  2. die nach allgemein anerkannten Prüfverfahren beurteilt werden,                  bedürfen anstelle einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses. <sup>2</sup>Das Deutsche Institut für Bautechnik macht dies mit der Angabe der maßgebenden technischen Regeln und, soweit es keine allgemein anerkannten Regeln der Technik gibt, mit der Bezeichnung der Bauprodukte im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde in der Bauregelliste A bekannt.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Bauprodukte,                  die nach allgemein anerkannten Prüfverfahren beurteilt werden, bedürfen anstelle einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses. <sup>2</sup>Dies wird mit der Angabe der maßgebenden technischen Regeln in den Technischen Baubestimmungen nach § 85 bekanntgemacht.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis wird von einer Prüfstelle nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 für nicht geregelte Bauprodukte nach Absatz 1 erteilt, wenn deren Verwendbarkeit im Sinne des § 3 Absatz 2 nachgewiesen ist. <sup>2</sup>§ 18 Absatz 2 bis 7 gilt entsprechend.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis wird von einer Prüfstelle nach § 24 Satz 1 Nummer 1 für Bauprodukte nach Absatz 1 erteilt, wenn deren Verwendbarkeit im Sinne des § 16 b Absatz 1 nachgewiesen ist. <sup>2</sup>§ 18 Absatz 2, Absatz 4 bis 7 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die Anerkennungsbehörde für Stellen nach § 24 Satz 1 Nummer 1, § 84 Absatz 4 Nummer 2 kann allgemeine bauaufsichtliche Prüfzeugnisse zurücknehmen oder widerrufen; §§ 48 und 49 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes finden Anwendung.</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p align="center"><b>§ 20 Nachweis der Verwendbarkeit von Bauprodukten im Einzelfall</b></p>	<p align="center"><b>§ 20 Nachweis der Verwendbarkeit von Bauprodukten im Einzelfall</b></p>
<p><sup>1</sup>Mit Zustimmung der obersten Bauaufsichtsbehörde dürfen im Einzelfall</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bauprodukte, die ausschließlich nach dem Bauproduktengesetz in Verkehr gebracht werden und gehandelt werden dürfen, dessen Anforderungen jedoch nicht erfüllen,</li> <li>2. Bauprodukte, die nach sonstigen Vorschriften zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union oder auf der Grundlage von unmittelbar geltendem Recht der Europäischen Union in Verkehr gebracht und gehandelt werden dürfen, hinsichtlich der nicht berücksichtigten wesentlichen Anforderungen im Sinne des § 17 Absatz 7 Nummer 2,</li> <li>3. nicht geregelte Bauprodukte</li> </ol> <p>verwendet werden, wenn ihre Verwendbarkeit im Sinne des § 3 Absatz 2 nachgewiesen ist. <sup>2</sup>Wenn Gefahren im Sinne des § 3 Absatz 1 nicht zu erwarten sind, kann die oberste Bauaufsichtsbehörde im Einzelfall erklären, dass ihre Zustimmung nicht erforderlich ist.</p>	<p><sup>1</sup>Mit Zustimmung der obersten Bauaufsichtsbehörde dürfen unter den Voraussetzungen des § 17 Absatz 1 im Einzelfall Bauprodukte</p> <p><i>entfallen</i></p> <p><i>entfallen</i></p> <p><i>entfallen</i></p> <p>verwendet werden, wenn ihre Verwendbarkeit im Sinne des § 16b Absatz 1 nachgewiesen ist. <sup>2</sup>Wenn Gefahren im Sinne des § 3 Satz 1 nicht zu erwarten sind, kann die oberste Bauaufsichtsbehörde im Einzelfall erklären, dass ihre Zustimmung nicht erforderlich ist.</p>
<p align="center"><b>§ 21 Bauarten</b></p>	<p><i>verschoben, siehe § 16a</i></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 22                      Übereinstimmungsnachweis</b></p>	<p><b>§ 21                      Übereinstimmungsbestätigung</b></p>
<p>(1) Bauprodukte bedürfen einer Bestätigung ihrer Übereinstimmung mit den technischen Regeln nach § 17 Absatz 2, den allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen, den allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen oder den Zustimmungen im Einzelfall; als Übereinstimmung gilt auch eine Abweichung, die nicht wesentlich ist.</p>	<p>(1) Bauprodukte bedürfen einer Bestätigung ihrer Übereinstimmung mit den <b>Technischen Baubestimmungen nach § 85 Absatz 2</b>, den allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen, den allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen oder den Zustimmungen im Einzelfall; als Übereinstimmung gilt auch eine Abweichung, die nicht wesentlich ist.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Bestätigung der Übereinstimmung erfolgt durch</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Übereinstimmungserklärung des Herstellers (§ 23) oder</li> <li>2. Übereinstimmungszertifikat (§ 24).</li> </ol> <p><sup>2</sup>Die Bestätigung durch Übereinstimmungszertifikat kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder in der Bauregelliste A vorgeschrieben werden, wenn dies zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Herstellung erforderlich ist.</p> <p><sup>3</sup>Bauprodukte, die nicht in Serie hergestellt werden, bedürfen nur der Übereinstimmungserklärung des Herstellers nach § 23 Absatz 1, sofern nichts anderes bestimmt ist. <sup>4</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann im Einzelfall die Verwendung von Bauprodukten ohne das erforderliche Übereinstimmungszertifikat gestatten, wenn nachgewiesen ist, dass diese Bauprodukte den technischen Regeln, Zulassungen, Prüfzeugnissen oder Zustimmungen nach Absatz 1 entsprechen.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Bestätigung der Übereinstimmung erfolgt durch Übereinstimmungserklärung des Herstellers (§ 22).</p> <p><b>z. T. verschoben nach § 23 Absatz 3 und 4</b></p>
<p>(3) Für Bauarten gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.</p>	<p><b>entfallen</b></p>
<p>(4) Die Übereinstimmungserklärung und die Erklärung, dass ein Übereinstimmungszertifikat erteilt ist, hat der Hersteller durch Kennzeichnung der Bauprodukte mit dem Übereinstimmungszeichen unter Hin-</p>	<p>(3) Die Übereinstimmungserklärung hat der Hersteller durch <b>Kennzeichnung der Bauprodukte mit dem Übereinstimmungszeichen (Ü-</b></p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>weis auf den Verwendungszweck abzugeben.</p>	<p>Zeichen) unter Hinweis auf den Verwendungszweck abzugeben.</p>
<p>(5) Das Übereinstimmungszeichen ist auf dem Bauprodukt, auf einem Beipackzettel oder auf seiner Verpackung oder, wenn dies Schwierigkeiten bereitet, auf dem Lieferschein oder auf einer Anlage zum Lieferschein anzubringen.</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>(6) Übereinstimmungszeichen aus anderen Ländern und aus anderen Staaten gelten auch im Land Bremen.</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p align="center"><b>§ 23 Übereinstimmungserklärung des Herstellers</b></p>	<p align="center"><b>§ 22 Übereinstimmungserklärung des Herstellers</b></p>
<p>(1) Der Hersteller darf eine Übereinstimmungserklärung nur abgeben, wenn er durch werkseigene Produktionskontrolle sichergestellt hat, dass das von ihm hergestellte Bauprodukt den maßgebenden technischen Regeln, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht.</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>(2) <sup>1</sup>In den technischen Regeln nach § 17 Absatz 2, in der Bauregelliste A, in den allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen, in den allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen oder in den Zustimmungen im Einzelfall kann eine Prüfung der Bauprodukte durch eine Prüfstelle vor Abgabe der Übereinstimmungserklärung vorgeschrieben werden, wenn dies zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Herstellung erforderlich ist. <sup>2</sup>In diesen Fällen hat die Prüfstelle das Bauprodukt daraufhin zu überprüfen, ob es den maßgebenden technischen Regeln, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüf-</p>	<p>(2) <sup>1</sup>In <b>den Technischen Baubestimmungen nach § 85</b>, in den allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen, in den allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen oder in den Zustimmungen im Einzelfall kann eine Prüfung der Bauprodukte durch eine Prüfstelle vor Abgabe der Übereinstimmungserklärung vorgeschrieben werden, wenn dies zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Herstellung erforderlich ist. <sup>2</sup>In diesen Fällen hat die Prüfstelle das Bauprodukt daraufhin zu überprüfen, ob es den maßgebenden technischen Regeln, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis</p>



<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>zeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht.</p>	<p>oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht.</p>
<p><b>§ 22 (2)</b> <sup>1</sup>Die Bestätigung der Übereinstimmung erfolgt durch</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Übereinstimmungserklärung des Herstellers (§ 23) oder</li> <li>2. Übereinstimmungszertifikat (§ 24).</li> </ol> <p><sup>4</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann im Einzelfall die Verwendung von Bauprodukten ohne das erforderliche Übereinstimmungszertifikat gestatten, wenn nachgewiesen ist, dass diese Bauprodukte den technischen Regeln, Zulassungen, Prüfzeugnissen oder Zustimmungen nach Absatz 1 entsprechen.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>In den Technischen Baubestimmungen nach § 85, in den allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen oder in den Zustimmungen im Einzelfall kann eine Zertifizierung vor Abgabe der Übereinstimmungserklärung vorgeschrieben werden, wenn dies zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Herstellung eines Bauproduktes erforderlich ist. <sup>2</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann im Einzelfall die Verwendung von Bauprodukten ohne Zertifizierung gestatten, wenn nachgewiesen ist, dass diese Bauprodukte den technischen Regeln, Zulassungen, Prüfzeugnissen oder Zustimmungen nach Absatz 1 entsprechen.</p>
<p><b>§ 22 (2)</b> <sup>3</sup>Bauprodukte, die nicht in Serie hergestellt werden, bedürfen nur der Übereinstimmungserklärung des Herstellers nach § 23 Absatz 1, sofern nichts anderes bestimmt ist.</p>	<p>(4) Bauprodukte, die nicht in Serie hergestellt werden, bedürfen nur einer Übereinstimmungserklärung nach Absatz 1, sofern nichts anderes bestimmt ist.</p>
<p align="center"><b>§ 24 Übereinstimmungszertifikat</b></p>	<p align="center"><b>§ 23 Zertifizierung</b></p>
<p>(1) Ein Übereinstimmungszertifikat ist von einer Zertifizierungsstelle nach § 25 zu erteilen, wenn das Bauprodukt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den maßgebenden technischen Regeln, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht und</li> <li>2. einer werkseigenen Produktionskontrolle sowie einer Fremdüberwachung nach Maßgabe des Absatzes 2 unterliegt.</li> </ol>	<p>(1) <b>Dem Hersteller ist ein</b> Übereinstimmungszertifikat von einer Zertifizierungsstelle nach § 24 zu erteilen, wenn das Bauprodukt</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den <b>Technischen Baubestimmungen nach § 85 Absatz 2</b>, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht und</li> <li>2. einer werkseigenen Produktionskontrolle sowie einer Fremdüberwachung nach Maßgabe des Absatzes 2 unterliegt.</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Fremdüberwachung ist von Überwachungsstellen nach § 25 durchzuführen. <sup>2</sup>Die Fremdüberwachung hat regelmäßig zu überprüfen, ob das Bauprodukt den maßgebenden technischen Regeln, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Fremdüberwachung ist von Überwachungsstellen nach § 24 durchzuführen. <sup>2</sup>Die Fremdüberwachung hat regelmäßig zu überprüfen, ob das Bauprodukt <b>den Technischen Baubestimmungen nach § 85 Absatz 2</b>, der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, dem allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnis oder der Zustimmung im Einzelfall entspricht.</p>
<p><b>§ 25</b>  <b>Prüf-, Zertifizierungs-, Überwachungsstellen</b></p>	<p><b>§ 24</b>  <b>Prüf-, Zertifizierungs-, Überwachungsstellen</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann eine natürliche oder juristische Person als</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Prüfstelle für die Erteilung allgemeiner bauaufsichtlicher Prüfzeugnisse (§ 19 Absatz 2),</li> <li>2. Prüfstelle für die Überprüfung von Bauprodukten vor Bestätigung der Übereinstimmung (§ 23 Absatz 2),</li> <li>3. Zertifizierungsstelle (§ 24 Absatz 1),</li> <li>4. Überwachungsstelle für die Fremdüberwachung (§ 24 Absatz 2),</li> <li>5. Überwachungsstelle für die Überwachung nach § 17 Absatz 6 oder</li> <li>6. Prüfstelle für die Überprüfung nach § 17 Absatz 5</li> </ol> <p>anerkennen, wenn sie oder die bei ihr Beschäftigten nach ihrer Ausbildung, Fachkenntnis, persönlichen Zuverlässigkeit, ihrer Unparteilichkeit und ihren Leistungen die Gewähr dafür bieten, dass diese Aufgaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechend wahrgenommen werden, und wenn sie über die erforderlichen Vorrichtungen verfügen.</p>	<p><sup>1</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann eine natürliche oder juristische Person als</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Prüfstelle für die Erteilung allgemeiner bauaufsichtlicher Prüfzeugnisse (§ 19 Absatz 2)</li> <li>2. Prüfstelle für die Überprüfung von Bauprodukten vor Bestätigung der Übereinstimmung (<b>§ 22 Absatz 2</b>),</li> <li><b>3. Zertifizierungsstelle (§ 23 Absatz 1),</b></li> <li>4. Überwachungsstelle für die Fremdüberwachung (<b>§ 23 Absatz 2</b>),</li> <li>5. Überwachungsstelle für die Überwachung nach <b>§ 16,a Absatz 7, und § 25 Absatz 2</b> oder</li> <li><b>6. Prüfstelle für die Überprüfung nach § 16a Absatz 6 und 25 Absatz 1</b></li> </ol> <p>anerkennen, wenn sie oder die bei ihr Beschäftigten nach ihrer Ausbildung, Fachkenntnis, persönlichen Zuverlässigkeit, ihrer Unparteilichkeit und ihren Leistungen die Gewähr dafür bieten, dass diese Aufgaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechend wahrgenommen</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><sup>2</sup>Satz 1 ist entsprechend auf Behörden anzuwenden, wenn sie ausreichend mit geeigneten Fachkräften besetzt und mit den erforderlichen Vorrichtungen ausgestattet sind.</p>	<p>werden, und wenn sie über die erforderlichen Vorrichtungen verfügen. <sup>2</sup>Satz 1 ist entsprechend auf Behörden anzuwenden, wenn sie ausreichend mit geeigneten Fachkräften besetzt und mit den erforderlichen Vorrichtungen ausgestattet sind. <sup>3</sup>Die Anerkennung von Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen anderer Länder gilt auch im <b>Land Bremen</b>.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Anerkennung von Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen anderer Länder gilt auch im Land Bremen. <sup>2</sup>Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsergebnisse von Stellen, die nach Artikel 16 Absatz 2 der Bauproduktenrichtlinie von einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder von einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum anerkannt worden sind, stehen den Ergebnissen der in Absatz 1 genannten Stellen gleich. <sup>3</sup>Dies gilt auch für Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsergebnisse von Stellen anderer Staaten, wenn sie in einem Artikel 16 Absatz 2 der Bauproduktenrichtlinie entsprechenden Verfahren anerkannt worden sind.</p>	<p><i>entfällt, siehe Absatz 1</i></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde erkennt auf Antrag eine natürliche oder juristische Person oder Behörde als Stelle nach Artikel 16 Absatz 2 der Bauproduktenrichtlinie an, wenn in dem in Artikel 16 Absatz 2 der Bauproduktenrichtlinie vorgesehenen Verfahren nachgewiesen ist, dass die natürliche oder juristische Person oder Behörde die Voraussetzungen erfüllt, nach den Vorschriften eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu prüfen, zu zertifizieren oder zu überwachen. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Anerkennung von natürlichen oder juristischen Personen oder Behörden, die nach den Vorschriften ei-</p>	<p><i>entfällt</i></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>nes anderen Staates zu prüfen, zu zertifizieren oder zu überwachen beabsichtigen, wenn der erforderliche Nachweis in einem Artikel 16 Absatz 2 der Bauproduktenrichtlinie entsprechenden Verfahren geführt wird.</p>	
<p><b>§ 17                  Bauprodukte</b></p>	<p><b>§ 25                  Besondere Sachkunde- und Sorgfaltsanforderungen</b></p>
<p><b>§ 17 (5)</b> <sup>1</sup>Bei Bauprodukten nach Absatz 1 Nummer 1, deren Herstellung in außergewöhnlichem Maß von der Sachkunde und Erfahrung der damit betrauten Personen oder von einer Ausstattung mit besonderen Vorrichtungen abhängt, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde vorgeschrieben werden, dass der Hersteller über solche Fachkräfte und Vorrichtungen verfügt und den Nachweis hierüber gegenüber einer Prüfstelle nach § 25 zu erbringen hat. <sup>2</sup>In der Rechtsverordnung können Mindestanforderungen an die Ausbildung, die durch Prüfung nachzuweisende Befähigung und die Ausbildungsstätten, einschließlich der Anerkennungsvoraussetzungen, gestellt werden.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Bei Bauprodukten, deren Herstellung in außergewöhnlichem Maß von der Sachkunde und Erfahrung der damit betrauten Personen oder von einer Ausstattung mit besonderen Vorrichtungen abhängt, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde vorgeschrieben werden, dass der Hersteller über solche Fachkräfte und Vorrichtungen verfügt und den Nachweis hierüber gegenüber einer Prüfstelle nach § 24 Satz 1 Nummer 6 zu erbringen hat. <sup>2</sup>In der Rechtsverordnung können Mindestanforderungen an die Ausbildung, die durch Prüfung nachzuweisende Befähigung und die Ausbildungsstätten einschließlich der Anerkennungsvoraussetzungen gestellt werden.</p>
<p><b>§ 17 (6)</b> Für Bauprodukte, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften oder ihres besonderen Verwendungszwecks einer außergewöhnlichen Sorgfalt bei Einbau, Transport, Instandhaltung oder Reinigung bedürfen, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde die Überwachung dieser Tätigkeiten durch eine Überwachungsstelle nach § 25 vorgeschrieben werden.</p>	<p>(2) Für Bauprodukte, die wegen ihrer besonderen Eigenschaften oder ihres besonderen Verwendungszwecks einer außergewöhnlichen Sorgfalt bei Einbau, Transport, Instandhaltung oder Reinigung bedürfen, kann in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung, in der Zustimmung im Einzelfall oder durch Rechtsverordnung der obersten Bauaufsichtsbehörde die Überwachung dieser Tätigkeiten durch eine Überwachungsstelle nach § 24 Satz 1 Nummer 5 vorgeschrieben werden, soweit diese Tätigkeiten nicht bereits durch die Verordnung (EU) Nummer 305/2011 erfasst sind.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>Vierter Abschnitt                  Wände, Decken, Dächer</b></p>	<p><b>Vierter Abschnitt</b>  <b>Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen; Wände, Decken, Dächer</b></p>
<p><b>§ 28                  Außenwände</b></p>	<p><b>§ 28                  Außenwände</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Nichttragende Außenwände und nichttragende Teile tragender Außenwände müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen; sie sind aus brennbaren Baustoffen zulässig, wenn sie als raumabschließende Bauteile feuerhemmend sind. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht für brennbare Fensterprofile und Fugendichtungen sowie brennbare Dämmstoffe in nichtbrennbaren geschlossenen Profilen der Außenwandkonstruktion.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Nichttragende Außenwände und nichttragende Teile tragender Außenwände müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen; sie sind aus brennbaren Baustoffen zulässig, wenn sie als raumabschließende Bauteile feuerhemmend sind. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Türen und Fenster,</li> <li>2. Fugendichtungen und</li> <li>3. brennbare Dämmstoffe in nichtbrennbaren geschlossenen Profilen der Außenwandkonstruktionen.</li> </ol>
<p>(3) <sup>1</sup>Oberflächen von Außenwänden sowie Außenwandbekleidungen müssen einschließlich der Dämmstoffe und Unterkonstruktionen schwerentflammbar sein; Unterkonstruktionen aus normalentflammbaren Baustoffen sind zulässig, wenn die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt sind. <sup>2</sup>Balkonbekleidungen, die über die erforderliche Umwehrungshöhe hinaus hochgeführt werden, müssen schwerentflammbar sein.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Oberflächen von Außenwänden sowie Außenwandbekleidungen müssen einschließlich der Dämmstoffe und Unterkonstruktionen schwerentflammbar sein; Unterkonstruktionen aus normalentflammbaren Baustoffen sind zulässig, wenn die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt sind. <sup>2</sup>Balkonbekleidungen, die über die erforderliche Umwehrungshöhe hinaus hochgeführt werden, und mehr als zwei Geschosse überbrückende Solaranlagen an Außenwänden müssen schwerentflammbar sein. <sup>3</sup>Baustoffe, die schwerentflammbar sein müssen, in Bauteilen nach Satz 1 Halbsatz 1 und Satz 2 dürfen nicht brennend abfallen oder abtropfen.</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>(4) Bei Außenwandkonstruktionen mit geschossübergreifenden Hohl- oder Lufträumen, wie Doppelfassaden und hinterlüfteten Außenwandbekleidungen, sind gegen die Brandausbreitung besondere Vorkehrungen zu treffen.</p>	<p>(4) <sup>1</sup>Bei Außenwandkonstruktionen mit geschossübergreifenden Hohl- oder Lufträumen wie hinterlüfteten Außenwandbekleidungen sind gegen die Brandausbreitung besondere Vorkehrungen zu treffen.  <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Doppelfassaden entsprechend.</p>
<p>(5) Die Absätze 2 und 3 gelten nicht für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3.</p>	<p>(5) Absätze 2, 3 und 4 Satz 1 gelten nicht für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3; Absatz 4 Satz 2 gilt nicht für Gebäude der Gebäudeklassen 1 und 2.</p>
<p align="center"><b>§ 30 Brandwände</b></p>	<p align="center"><b>§ 30 Brandwände</b></p>
<p>(2) Brandwände sind erforderlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Gebäudeabschlusswand, ausgenommen von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m<sup>3</sup> Bruttonauminhalt, wenn diese Abschlusswände an oder mit einem Abstand bis zu 2,50 m gegenüber der Grundstücksgrenze errichtet werden, es sei denn, dass ein Abstand von mindestens 5 m zu bestehenden oder nach den baurechtlichen Vorschriften zulässigen künftigen Gebäuden gesichert ist,</li> <li>2. als innere Brandwand zur Unterteilung ausgedehnter Gebäude in Abständen von nicht mehr als 40 m,</li> <li>3. als innere Brandwand zur Unterteilung landwirtschaftlich genutzter Gebäude in Brandabschnitte von nicht mehr als 10 000 m<sup>3</sup> Bruttonauminhalt,</li> <li>4. als Gebäudeabschlusswand zwischen Wohngebäuden und ange-</li> </ol>	<p>(2) Brandwände sind erforderlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. als Gebäudeabschlusswand, ausgenommen von Gebäuden ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m<sup>3</sup> Brutto-Rauminhalt, wenn diese Abschlusswände an oder mit einem Abstand <b>von weniger als 2,50 m</b> gegenüber der Grundstücksgrenze errichtet werden, es sei denn, dass ein Abstand von mindestens 5 m zu bestehenden oder nach den baurechtlichen Vorschriften zulässigen künftigen Gebäuden <b>öffentlich-rechtlich</b> gesichert ist,</li> <li>2. als innere Brandwand zur Unterteilung ausgedehnter Gebäude in Abständen von nicht mehr als 40 m,</li> <li>3. als innere Brandwand zur Unterteilung landwirtschaftlich genutzter Gebäude in Brandabschnitte von nicht mehr als 10 000 m<sup>3</sup> Brutto-Rauminhalt,</li> <li>4. als Gebäudeabschlusswand zwischen Wohngebäuden und</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>bauten landwirtschaftlich genutzten Gebäuden sowie als innere Brandwand zwischen dem Wohnteil und dem landwirtschaftlich genutzten Teil eines Gebäudes.</p>	<p>angebauten landwirtschaftlich genutzten Gebäuden sowie als innere Brandwand zwischen dem Wohnteil und dem landwirtschaftlich genutzten Teil eines Gebäudes.</p>
<p>(3) <sup>1</sup>Brandwände müssen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung feuerbeständig sein und aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. <sup>2</sup>Anstelle von Brandwänden nach Satz 1 sind zulässig</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für Gebäude der Gebäudeklasse 4 Wände, die auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hochfeuerhemmend sind,</li> <li>2. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 hochfeuerhemmende Wände,</li> <li>3. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 Gebäudeabschlusswände, die jeweils von innen nach außen die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Teile des Gebäudes, mindestens jedoch feuerhemmende Bauteile, und von außen nach innen die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger Bauteile haben,</li> <li>4. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 4 feuerbeständige Wände, wenn der umbaute Raum des landwirtschaftlich genutzten Gebäudes oder Gebäudeteils nicht größer als 2000 m<sup>3</sup> ist.</li> </ol>	<p>(3) <sup>1</sup>Brandwände müssen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung feuerbeständig sein und aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen. <sup>2</sup>Anstelle von Brandwänden sind in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 bis 3 zulässig</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für Gebäude der Gebäudeklasse 4 Wände, die auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hochfeuerhemmend sind,</li> <li>2. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 hochfeuerhemmende Wände,</li> <li>3. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 Gebäudeabschlusswände, die jeweils von innen nach außen die Feuerwiderstandsfähigkeit der tragenden und aussteifenden Teile des Gebäudes, mindestens jedoch feuerhemmende Bauteile, und von außen nach innen die Feuerwiderstandsfähigkeit feuerbeständiger Bauteile haben.</li> <li><del>4. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 4 feuerbeständige Wände, wenn der umbaute Raum des landwirtschaftlich genutzten Gebäudes oder Gebäudeteils nicht größer als 2 000 m<sup>3</sup> ist.</del></li> </ol> <p><sup>3</sup>In den Fällen des Absatzes 2 Nummer 4 sind anstelle von Brandwänden feuerbeständige Wände zulässig, wenn der Brutto-Rauminhalt des landwirtschaftlich genutzten Gebäudes oder Gebäudeteils nicht größer als 2 000 m<sup>3</sup> ist.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>(6) Müssen Gebäude oder Gebäudeteile, die über Eck zusammenstoßen, durch eine Brandwand getrennt werden, so muss der Abstand dieser Wand von der inneren Ecke mindestens 5 m betragen; das gilt nicht, wenn der Winkel der inneren Ecke mehr als 120 Grad beträgt oder mindestens eine Außenwand auf 5 m Länge als öffnungslose feuerbeständige Wand aus nichtbrennbaren Baustoffen ausgebildet ist.</p>	<p>(6) Müssen Gebäude oder Gebäudeteile, die über Eck zusammenstoßen, durch eine Brandwand getrennt werden, so muss der Abstand dieser Wand von der inneren Ecke mindestens 5 m betragen; das gilt nicht, wenn der Winkel der inneren Ecke mehr als 120 Grad beträgt oder mindestens eine Außenwand auf 5 m Länge als öffnungslose feuerbeständige Wand aus nichtbrennbaren Baustoffen, bei Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 4 als öffnungslose hochfeuerhemmende Wand ausgebildet ist.</p>
<p>(7) <sup>1</sup>Bauteile mit brennbaren Baustoffen dürfen über Brandwände nicht hinweggeführt werden. <sup>2</sup>Außenwandkonstruktionen, die eine seitliche Brandausbreitung begünstigen können, wie Doppelfassaden oder hinterlüftete Außenwandbekleidungen, dürfen ohne besondere Vorkehrungen über Brandwände nicht hinweggeführt werden. <sup>3</sup>Bauteile dürfen in Brandwände nur soweit eingreifen, dass deren Feuerwiderstandsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird; für Leitungen, Leitungsschlitze und Schornsteine gilt dies entsprechend.</p>	<p>(7) <sup>1</sup>Bauteile mit brennbaren Baustoffen dürfen über Brandwände nicht hinweggeführt werden. <sup>2</sup>Bei Außenwandkonstruktionen, die eine seitliche Brandausbreitung begünstigen können wie hinterlüftete Außenwandbekleidungen oder Doppelfassaden, sind gegen die Brandausbreitung im Bereich der Brandwände besondere Vorkehrungen zu treffen. <sup>3</sup>Außenwandbekleidungen von Gebäudeabschlusswänden müssen einschließlich der Dämmstoffe und Unterkonstruktionen nichtbrennbar sein. <sup>4</sup>Bauteile dürfen in Brandwände nur soweit eingreifen, dass deren Feuerwiderstandsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird; für Leitungen, Leitungsschlitze und Schornsteine gilt dies entsprechend.</p>
<p>(10) <sup>1</sup>Absatz 2 Nummer 1 gilt nicht für seitliche Wände von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vorbauten im Sinne des § 6 Absatz 6 Nummer 2, wenn sie von dem Nachbargebäude oder der Nachbargrenze einen Abstand einhalten, der ihrer eigenen Ausladung entspricht, mindestens jedoch 1 m beträgt,</li> <li>2. Wintergärten im Sinne des § 6 Absatz 6 Nummer 3.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Bei der Bemessung der in Absatz 2 Nummer 1 geregelten Abstände</p>	<p>(10) Absatz 2 Nummer 1 gilt nicht für seitliche Wände von Vorbauten im Sinne des § 6 Absatz 6 Nummer 3 und 4, wenn sie von dem Nachbargebäude oder der Nachbargrenze einen Abstand einhalten, der ihrer eigenen Ausladung entspricht, mindestens jedoch 1 m beträgt.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>bleiben nachträgliche Wärmeschutzmaßnahmen an bestehenden Gebäuden bis zu einer Dicke von 25 cm außer Betracht, wenn ausschließlich nichtbrennbare Baustoffe der Baustoffklasse A verwendet werden.</p>	
<p>(11) Die Absätze 4 bis 10 gelten entsprechend auch für Wände, die nach Absatz 3 Satz 2 anstelle von Brandwänden zulässig sind.</p>	<p>(11) Die Absätze 4 bis 10 gelten entsprechend auch für Wände, die nach Absatz 3 <b>Sätze 2 und 3</b> anstelle von Brandwänden zulässig sind.</p>
<p><b>§ 32                  Dächer</b></p>	<p><b>§ 32                  Dächer</b></p>
<p>(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gebäude ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m<sup>3</sup> Bruttorauminhalt,</li> <li>2. lichtdurchlässige Bedachungen aus nichtbrennbaren Baustoffen; brennbare Fugendichtungen und brennbare Dämmstoffe in nichtbrennbaren Profilen sind zulässig,</li> <li>3. Lichtkuppeln und Oberlichte von Wohngebäuden,</li> <li>4. Eingangsüberdachungen und Vordächer aus nichtbrennbaren Baustoffen,</li> <li>5. Eingangsüberdachungen aus brennbaren Baustoffen, wenn die Eingänge nur zu Wohnungen führen.</li> </ol>	<p>(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gebäude ohne Aufenthaltsräume und ohne Feuerstätten mit nicht mehr als 50 m<sup>3</sup> Brutto-Rauminhalt,</li> <li>2. lichtdurchlässige Bedachungen aus nichtbrennbaren Baustoffen; brennbare Fugendichtungen und brennbare Dämmstoffe in nichtbrennbaren Profilen sind zulässig,</li> <li>3. <b>Dachflächenfenster, Oberlichte und Lichtkuppeln</b> von Wohngebäuden,</li> <li>4. Eingangsüberdachungen und Vordächer aus nichtbrennbaren Baustoffen,</li> <li>5. Eingangsüberdachungen aus brennbaren Baustoffen, wenn die Eingänge nur zu Wohnungen führen.</li> </ol>
<p>(5) <sup>1</sup>Dachüberstände, Dachgesimse und Dachaufbauten, lichtdurchlässige Bedachungen, Lichtkuppeln und Oberlichte sind so anzuordnen und herzustellen, dass Feuer nicht auf andere Gebäudeteile und Nachbargrundstücke übertragen werden kann. <sup>2</sup>Von Brandwänden und von</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Dachüberstände, Dachgesimse und Dachaufbauten, lichtdurchlässige Bedachungen, <b>Dachflächenfenster</b>, Lichtkuppeln, Oberlichte <b>und Solaranlagen</b> sind so anzuordnen und herzustellen, dass Feuer nicht auf andere Gebäudeteile und Nachbargrundstü-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Wänden, die anstelle von Brandwänden zulässig sind, müssen mindestens 1,25 m entfernt sein</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Oberlichte, Lichtkuppeln und Öffnungen in der Bedachung, wenn diese Wände nicht mindestens 30 cm über die Bedachung geführt sind,</li> <li>2. Dachgauben und ähnliche Dachaufbauten aus brennbaren Baustoffen, wenn sie nicht durch diese Wände gegen Brandübertragung geschützt sind.</li> </ol>	<p>cke übertragen werden kann. <sup>2</sup>Von Brandwänden und von Wänden, die anstelle von Brandwänden zulässig sind, müssen mindestens 1,25 m entfernt sein</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>Dachflächenfenster</b>, Oberlichte, Lichtkuppeln und Öffnungen in der Bedachung, wenn diese Wände nicht mindestens 30 cm über die Bedachung geführt sind,</li> <li>2. <b>Solaranlagen, Dachgauben und ähnliche Dachaufbauten aus brennbaren Baustoffen, wenn sie nicht durch diese Wände gegen Brandübertragung geschützt sind.</b></li> </ol>
<p><b>§ 35</b>  <b>Notwendige Treppenräume, Ausgänge</b></p>	<p><b>§ 35</b>  <b>Notwendige Treppenräume, Ausgänge</b></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Jeder notwendige Treppenraum muss an einer Außenwand liegen und einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben. <sup>2</sup>Innenliegende notwendige Treppenräume sind zulässig, wenn ihre Nutzung ausreichend lang nicht durch Raucheintritt gefährdet werden kann.</p> <p><sup>3</sup>Sofern der Ausgang eines notwendigen Treppenraumes nicht unmittelbar ins Freie führt, muss der Raum zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mindestens so breit sein wie die dazugehörigen Treppenläufe,</li> <li>2. Wände haben, die die Anforderungen an die Wände des Treppenraumes erfüllen,</li> <li>3. rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse zu notwendigen Fluren haben und</li> <li>4. ohne Öffnungen zu anderen Räumen, ausgenommen zu notwendi-</li> </ol>	<p>(3) <sup>1</sup>Jeder notwendige Treppenraum muss einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben. <del><sup>2</sup>Innenliegende notwendige Treppenräume sind zulässig, wenn ihre Nutzung ausreichend lang nicht durch Raucheintritt gefährdet werden kann.</del></p> <p><sup>2</sup>Sofern der Ausgang eines notwendigen Treppenraumes nicht unmittelbar ins Freie führt, muss der Raum zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mindestens so breit sein wie die dazugehörigen Treppenläufe,</li> <li>2. Wände haben, die die Anforderungen an die Wände des Treppenraumes erfüllen,</li> <li>3. rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse zu notwendigen Fluren haben und</li> <li>4. ohne Öffnungen zu anderen Räumen, ausgenommen zu not-</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>gen Fluren, sein.</p>	<p>wendigen Fluren, sein.</p>
<p>(5) In notwendigen Treppenräumen und in Räumen nach Absatz 3 Satz 3 müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bekleidungen, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen,</li> <li>2. Wände und Decken aus brennbaren Baustoffen eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben,</li> <li>3. Bodenbeläge, ausgenommen Gleitschutzprofile, aus mindestens schwerentflammaren Baustoffen bestehen.</li> </ol>	<p>(5) In notwendigen Treppenräumen und in Räumen nach Absatz 3 Satz 2 müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bekleidungen, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen,</li> <li>2. Wände und Decken aus brennbaren Baustoffen eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben,</li> <li>3. Bodenbeläge, ausgenommen Gleitschutzprofile, aus mindestens schwerentflammaren Baustoffen bestehen.</li> </ol>
<p>(7) <sup>1</sup>Notwendige Treppenräume müssen zu beleuchten sein. <sup>2</sup>Innenliegende notwendige Treppenräume müssen in Gebäuden mit einer Höhe nach § 2 Absatz 3 Satz 2 von mehr als 13 m eine Sicherheitsbeleuchtung haben.</p>	<p>(7) <sup>1</sup>Notwendige Treppenräume müssen zu beleuchten sein. <sup>2</sup>Notwendige Treppenräume ohne Fenster müssen in Gebäuden mit einer Höhe nach § 2 Absatz 3 Satz 2 von mehr als 13 m eine Sicherheitsbeleuchtung haben.</p>
<p>(8) <sup>1</sup>Notwendige Treppenräume müssen belüftet werden können. <sup>2</sup>Sie müssen in jedem oberirdischen Geschoss unmittelbar ins Freie führende Fenster mit einem freien Querschnitt von mindestens 0,50 m<sup>2</sup> haben, die geöffnet werden können. <sup>3</sup>Für innenliegende notwendige Treppenräume und notwendige Treppenräume in Gebäuden mit einer Höhe nach § 2 Absatz 3 Satz 2 von mehr als 13 m ist an der obersten Stelle eine Öffnung zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von mindestens 1 m<sup>2</sup> erforderlich; sie muss vom Erdgeschoss sowie vom obersten Treppenabsatz aus geöffnet werden können.</p>	<p>(8) <sup>1</sup>Notwendige Treppenräume müssen belüftet und zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten entraucht werden können. <sup>2</sup>Sie müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in jedem oberirdischen Geschoss unmittelbar ins Freie führende Fenster mit einem freien Querschnitt von mindestens 0,50 m<sup>2</sup> haben, die geöffnet werden können, oder</li> <li>2. an der obersten Stelle eine Öffnung zur Rauchableitung haben.</li> </ol> <p><sup>3</sup>In den Fällen des Satzes 2 Nummer 1 ist in Gebäuden der Gebäudeklasse 5 an der obersten Stelle eine Öffnung zur Rauchableitung erforderlich; in den Fällen des Satzes 2 Nummer 2 sind in Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5, soweit dies zur Erfüllung</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>der Anforderungen nach Satz 1 erforderlich ist, besondere Vorkehrungen zu treffen. <sup>4</sup>Öffnungen zur Rauchableitung nach Satz 2 und 3 müssen in jedem Treppenraum einen freien Querschnitt von mindestens 1 m<sup>2</sup> und Vorrichtungen zum Öffnen ihrer Abschlüsse haben, die vom Erdgeschoss sowie vom obersten Treppenabsatz aus bedient werden können.</p>
<p align="center"><b>§ 36                  Notwendige Flure, offene Gänge</b></p>	<p align="center"><b>§ 36                  Notwendige Flure, offene Gänge</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung im Brandfall ausreichend lang möglich ist. <sup>2</sup>Notwendige Flure sind nicht erforderlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>2. in sonstigen Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2, ausgenommen in Kellergeschossen,</li> <li>3. innerhalb von Wohnungen oder innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m<sup>2</sup>,</li> <li>4. innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- oder Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>; das gilt auch für Teile größerer Nutzungseinheiten, wenn diese Teile nicht größer als 400 m<sup>2</sup> sind, Trennwände nach § 29 Absatz 2 Nummer 1 haben und jeder Teil unabhängig von anderen Teilen Rettungswege nach § 33 Absatz 1 hat.</li> </ol>	<p>(1) <sup>1</sup>Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung im Brandfall ausreichend lang möglich ist. <sup>2</sup>Notwendige Flure sind nicht erforderlich</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>2. in sonstigen Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2, ausgenommen in Kellergeschossen,</li> <li>3. innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m<sup>2</sup> und innerhalb von Wohnungen,</li> <li>4. innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- oder Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m<sup>2</sup>; das gilt auch für Teile größerer Nutzungseinheiten, wenn diese Teile nicht größer als 400 m<sup>2</sup> sind, Trennwände nach § 29 Absatz 2 Nummer 1 haben und jeder Teil unabhängig von anderen Teilen Rettungswege nach § 33 Absatz 1 hat.</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 38</b>  <b>Umwehungen</b></p>	<p><b>§ 38</b>  <b>Umwehungen</b></p>
<p>(4) Andere notwendige Umwehungen müssen folgende Mindesthöhen haben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Umwehungen zur Sicherung von Öffnungen in begehbaren Decken und Dächern sowie Umwehungen von Flächen mit einer Absturzhöhe von 1 m bis zu 12 m 0,90 m,</li> <li>2. Umwehungen von Flächen mit mehr als 12 m Absturzhöhe 1,10 m.</li> </ol>	<p>(4) Andere notwendige Umwehungen müssen folgende Mindesthöhen haben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Umwehungen zur Sicherung von Öffnungen in begehbaren Decken und Dächern sowie Umwehungen von Flächen mit einer Absturzhöhe von 1 m bis zu 12 m 0,90 m,</li> <li>2. in Arbeitsstätten müssen Umwehungen nach Nummer 1 mindestens 1,00 m hoch sein. Die Höhe der Umwehungen darf bei Brüstungen bis auf 0,80 m verringert werden, wenn die Tiefe der Umwehrung mindestens 0,20 m beträgt und durch die Tiefe der Brüstung ein gleichwertiger Schutz gegen Absturz gegeben ist.</li> <li>3. Umwehungen von Flächen mit mehr als 12 m Absturzhöhe 1,10 m.</li> </ol>
<p>(5) In, an und auf Gebäuden, bei denen üblicherweise mit der Anwesenheit von Kindern gerechnet werden muss, sind Umwehungen und Geländer so zu gestalten, dass ein Überklettern erschwert wird; der Abstand von Umwehrungs- und Geländerteilen darf in einer Richtung nicht mehr als 0,12 m betragen.</p>	<p>(5) <sup>1</sup>In, an und auf Gebäuden, bei denen üblicherweise mit der Anwesenheit von Kindern gerechnet werden muss, sind Umwehungen und Geländer so zu gestalten, dass ein Überklettern erschwert wird; der Abstand von Umwehrungs- und Geländerteilen darf in einer Richtung nicht mehr als 0,12 m betragen. <sup>2</sup>Bis zu einer Höhe von 0,50 m über der zu sichernden Fläche dürfen waagerechte Zwischenräume nicht größer als 0,02 m sein.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 39</b>  <b>Aufzüge</b></p>	<p><b>§ 39</b>  <b>Aufzüge</b></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Fahrschächte müssen zu lüften sein und eine Öffnung zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von mindestens 2,5 v. H. der Fahrschachtgrundfläche, mindestens jedoch 0,10 m<sup>2</sup> haben. <sup>2</sup>Die Lage der Rauchaustrittsöffnungen muss so gewählt werden, dass der Rauchaustritt durch Windeinfluss nicht beeinträchtigt wird.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Fahrschächte müssen zu lüften sein und eine Öffnung zur Rauchableitung mit einem freien Querschnitt von mindestens 2,5 v.H. der Fahrschachtgrundfläche, mindestens jedoch 0,10 m<sup>2</sup> haben. <sup>2</sup>Diese Öffnung darf einen Abschluss haben, der im Brandfall selbsttätig öffnet und von mindestens einer geeigneten Stelle aus bedient werden kann. <sup>3</sup>Die Lage der Rauchaustrittsöffnungen muss so gewählt werden, dass der Rauchaustritt durch Windeinfluss nicht beeinträchtigt wird.</p>
<p>(4) <sup>1</sup>Gebäude mit einer Höhe nach § 2 Absatz 3 Satz 2 von mehr als 10,25 m müssen Aufzüge in ausreichender Zahl und Größe haben.</p> <p><sup>2</sup>Dabei sind Räume im obersten Geschoss nicht zu berücksichtigen, die eine Nutzungseinheit mit Aufenthaltsräumen im darunter liegenden Geschoss bilden.</p> <p><sup>3</sup>Mindestens einer der Aufzüge muss auch zur Aufnahme von Kinderwagen, Lasten, Krankentragen und Rollstühlen geeignet und von der öffentlichen Verkehrsfläche sowie in allen Geschossen barrierefrei erreichbar sein.</p> <p><sup>4</sup>Haltestellen im obersten Geschoss sind nicht erforderlich, wenn sie nur unter besonderen Schwierigkeiten hergestellt werden können.</p> <p><sup>5</sup>Satz 1 gilt nicht beim nachträglichen Ausbau oberster Geschosse nach § 2 Absatz 7 Satz 1 in den am 1. Januar 1996 bestehenden Gebäuden.</p>	<p>(4) <sup>1</sup>Gebäude mit einer Höhe nach § 2 Absatz 3 Satz 2 von mehr als 10,25 m müssen Aufzüge in ausreichender Zahl haben.</p> <p><sup>2</sup>Dabei sind Räume im obersten Geschoss nicht zu berücksichtigen, die eine Nutzungseinheit mit Aufenthaltsräumen im darunter liegenden Geschoss bilden.</p> <p><sup>3</sup>Von diesen Aufzügen muss mindestens ein Aufzug Kinderwagen, Rollstühle, Krankentragen und Lasten aufnehmen können und Haltestellen in allen Geschossen haben.</p> <p><sup>4</sup>Dieser Aufzug muss von der öffentlichen Verkehrsfläche sowie in allen Geschossen aus barrierefrei erreichbar und nutzbar sein.</p> <p><sup>5</sup>Haltestellen im obersten Geschoss sind nicht erforderlich, wenn sie nur unter besonderen Schwierigkeiten hergestellt werden können.</p> <p><sup>5</sup>Satz 1 gilt nicht beim nachträglichen Ausbau oberster Geschosse nach § 2 Absatz 7 Satz 1 in den am 1. Januar 1996 bestehenden Gebäuden.</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>(6) <sup>1</sup>Aufzugsanlagen müssen weitergehenden Anforderungen aufgrund des § 14 Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes auch dann entsprechen, wenn sie weder gewerblichen noch wirtschaftlichen Zwecken dienen und in ihrem Gefahrenbereich keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Vorschriften über die Prüfung durch zugelassene Überwachungsstellen.</p>	<p>(6) <sup>1</sup>Aufzugsanlagen müssen weitergehenden Anforderungen aufgrund des § 34 Produktsicherheitsgesetzes auch dann entsprechen, wenn sie weder gewerblichen noch wirtschaftlichen Zwecken dienen und in ihrem Gefahrenbereich keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. <sup>2</sup>Dies gilt auch für die Vorschriften über die Prüfung durch zugelassene Überwachungsstellen.</p>
<p align="center"><b>§ 40 Leitungsanlagen, Installationsschächte und -kanäle</b></p>	<p align="center"><b>§ 40 Leitungsanlagen, Installationsschächte und -kanäle</b></p>
<p>(1) Leitungen dürfen durch raumabschließende Bauteile, für die eine Feuerwiderstandsfähigkeit vorgeschrieben ist, nur hindurchgeführt werden, wenn eine Brandausbreitung ausreichend lang nicht zu befürchten ist oder Vorkehrungen hiergegen getroffen sind; dies gilt nicht für Decken</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. in Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>2. innerhalb von Wohnungen,</li> <li>3. innerhalb derselben Nutzungseinheit mit nicht mehr als insgesamt 400 m<sup>2</sup> in nicht mehr als zwei Geschossen.</li> </ol>	<p>(1) Leitungen dürfen durch raumabschließende Bauteile, für die eine Feuerwiderstandsfähigkeit vorgeschrieben ist, nur hindurchgeführt werden, wenn eine Brandausbreitung ausreichend lang nicht zu befürchten ist oder Vorkehrungen hiergegen getroffen sind; dies gilt nicht für Decken</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>2. innerhalb von Wohnungen,</li> <li>3. innerhalb derselben Nutzungseinheit mit nicht mehr als insgesamt 400 m<sup>2</sup> in nicht mehr als zwei Geschossen.</li> </ol>
<p>(2) In notwendigen Treppenräumen, in Räumen nach § 35 Absatz 3 Satz 3 und in notwendigen Fluren sind Leitungsanlagen nur zulässig, wenn eine Nutzung als Rettungsweg im Brandfall ausreichend lang möglich ist.</p>	<p>(2) In notwendigen Treppenräumen, in Räumen nach § 35 Absatz 3 Satz 2 und in notwendigen Fluren sind Leitungsanlagen nur zulässig, wenn eine Nutzung als Rettungsweg im Brandfall ausreichend lang möglich ist.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 43                      Sanitäre Anlagen</b></p>	<p><b>§ 43                      Sanitäre Anlagen</b></p>
<p>(1) <sup>2</sup>Für bauliche Anlagen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, ist eine ausreichende Zahl von Toiletten herzustellen.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Jede Nutzungseinheit mit Aufenthaltsräumen ist mit zweckentsprechenden sanitären Anlagen auszustatten. <sup>2</sup>Für bauliche Anlagen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, ist eine ausreichende Zahl von Toiletten herzustellen. <sup>3</sup>§ 48 Absatz 3 und 50 Absatz 4 sowie die arbeitsstättenrechtlichen Anforderungen an sanitäre Anlagen bleiben unberührt.</p>
<p>(1) <sup>1</sup>Fensterlose Bäder und Toiletten sind nur zulässig, wenn eine wirk-                      same Lüftung gewährleistet ist</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Fensterlose Bäder und Toiletten sind nur zulässig, wenn eine wirk-                      same Lüftung gewährleistet ist.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Jede Wohnung ist mit Einrichtungen zur Messung des Wasserver-                      brauchs auszustatten. <sup>2</sup>Bei der Änderung baulicher Anlagen sowie bei                      Nutzungsänderungen gilt dies nur, wenn dadurch keine unzumutbaren                      Mehrkosten verursacht werden.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Jede Wohnung ist mit Einrichtungen zur Messung des Wasserver-                      brauchs auszustatten. <sup>2</sup>Bei der Änderung baulicher Anlagen sowie bei                      Nutzungsänderungen gilt dies nur, wenn dadurch keine unzumutbaren                      Mehrkosten verursacht werden.</p>
<p><b>§ 47                      Aufenthaltsräume</b></p>	<p><b>§ 47                      Aufenthaltsräume</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Aufenthaltsräume müssen eine lichte Raumhöhe von mindestens                      2,4 0m haben.  <sup>2</sup> Dies gilt nicht für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2.  <sup>3</sup>Bei Aufenthaltsräumen in Dachgeschossen und im Dachraum genügt                      eine lichte Raumhöhe von 2,3 0m über mindestens der Hälfte der                      Grundfläche des Aufenthaltsraumes; Raumteile mit einer lichten Höhe                      bis 1,50 m bleiben dabei außer Betracht.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Aufenthaltsräume müssen eine lichte Raumhöhe von mindestens                      2,40 m haben.  <del><sup>2</sup> Dies gilt nicht für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2.</del>  <sup>2</sup>Bei Aufenthaltsräumen in Dachgeschossen und im Dachraum genügt                      eine lichte Raumhöhe von 2,30m über mindestens der Hälfte der                      Grundfläche des Aufenthaltsraumes; Raumteile mit einer lichten Höhe                      bis 1,50 m bleiben dabei außer Betracht.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 48                      Wohnungen</b></p>	<p><b>§ 48                      Wohnungen</b></p>
<p>(2) In Wohngebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 sind leicht erreichbare und gut zugängliche Abstellräume für Kinderwagen, Fahrräder und Rollstühle sowie für jede Wohnung ein ausreichend großer Abstellraum herzustellen.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>In Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen oder auf dem Baugrundstück sind in der Nähe des Hauseingangs barrierefrei erreichbare Abstellräume für Kinderwagen, Fahrräder und andere Mobilitätshilfen herzustellen.  <sup>2</sup>Jede Wohnung muss über einen ausreichend großen Abstellraum verfügen.</p>
<p><b>§ 50                      Barrierefreies Bauen</b></p>	<p><b>§ 50                      Barrierefreies Bauen</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein.  <sup>2</sup>In diesen und in den nach § 39 Absatz 4 barrierefrei erreichbaren Wohnungen müssen die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad und die Küche oder Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich und nutzbar sein.</p> <p><i>Einführung der R-Anforderungen nach DIN 18040-2. Jedoch verzögertes Inkrafttreten der gesetzlichen Verpflichtung für R-Wohnungen erst drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.</i></p> <p><sup>3</sup>§ 39 Absatz 4 bleibt unberührt.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses einschließlich eines möglichen Freisitzes barrierefrei erreichbar und nutzbar sein; ausgenommen sind Abstell-, Funktions- sowie mehrfach vorhandene Sanitärräume.  <sup>2</sup>In Gebäuden, die nach § 39 Absatz 4 Satz 1 Aufzüge haben, müssen alle Wohnungen nach Satz 1 barrierefrei, aber nicht uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein.  <sup>3</sup>Ab dem 1. Oktober 2021 müssen von den Wohnungen nach Satz 1 und 2 in Gebäuden mit mehr als acht Wohnungen eine und bei mehr als zwanzig Wohnungen mindestens zwei Wohnungen uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbar sein.  <sup>4</sup>Die Verpflichtung nach Satz 1 kann auch durch entsprechende Wohnungen in mehreren Geschossen erfüllt werden.</p> <p><sup>4</sup>§ 39 Absatz 4 bleibt unberührt.</p>

<p style="text-align: center;"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen in den dem allgemeinen Besucherverkehr dienenden Teilen von Menschen mit Behinderungen, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend genutzt werden können. <sup>2</sup>Diese Anforderungen gelten insbesondere für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verkaufsstätten und Ladenpassagen,</li> <li>2. Versammlungsstätten, einschließlich der für den Gottesdienst bestimmten Anlagen,</li> <li>3. Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude,</li> <li>4. Gaststätten, Kantinen sowie Beherbergungsbetriebe,</li> <li>5. Theater, Film- und Videovorführungsräume,</li> <li>6. Schalter- und Abfertigungsräume der Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen, der Deutschen Post AG und der Kreditinstitute sowie Flugsteige,</li> <li>7. Museen, öffentliche Bibliotheken, Messe- und Ausstellungsbauten,</li> <li>8. Krankenanstalten, Entbindungs- und Säuglingsheime sowie Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen,</li> <li>9. Praxisräume der Heilberufe, Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialdienste, Kureinrichtungen und Apotheken,</li> <li>10. Schulen, Hochschulen, sonstige Ausbildungsstätten und Weiterbildungseinrichtungen, Gemeinschaftshäuser sowie Jugendfreizeiteinrichtungen,</li> <li>11. Schwimmbäder, Sportstätten und Spielplätze sowie Camping- und Zeltplätze,</li> </ol>	<p>(2) <sup>1</sup>Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen in den dem allgemeinen Besucher- und Benutzerverkehr dienenden Teilen barrierefrei sein. <sup>2</sup>Dies gilt insbesondere für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Einrichtungen des Kultur- und Bildungswesens,</li> <li>2. Versammlungsstätten, Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke,</li> <li>3. Sport- und Freizeitstätten, Spielplätze</li> <li>4. Krankenhäuser, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Apotheken, Praxisräume,</li> <li>5. Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude mit weniger als 500 m<sup>2</sup> Nutzfläche,</li> <li>6. Verkaufsstätten und Ladenpassagen, Messe- und Ausstellungsbauten,</li> <li>7. Gast- und Beherbergungsstätten, Kantinen,</li> <li>8. Einrichtungen und Anlagen von Post-, Verkehrs- und Versorgungsdienstleistern sowie Kreditinstituten,</li> <li>9. Vergnügungsstätten,</li> <li>10. Allgemein zugängliche Stellplätze und Garagen mit mehr als 1 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche, Fahrradabstellanlagen und sanitäre Anlagen</li> </ol> <p><sup>3</sup>Für die der zweckentsprechenden Nutzung dienenden Räume und Anlagen genügt es, wenn sie in dem erforderlichen Umfang barrierefrei sind.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018                  Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                  Bremische Änderungen</b></p>
<p>12. allgemein zugängliche Stellplätze und Garagen mit mehr als 1000 m<sup>2</sup> Nutzfläche, Stellplätze und Garagen, die zu den Anlagen und Einrichtungen nach Nummern 1 bis 11 gehören sowie allgemein zugängliche Fahrradabstellplätze,                  13. öffentliche Bedürfnisanstalten sowie Tankstellen mit mehr als 12 Zapfstellen.</p>	
<p>(3) Für bauliche Anlagen und andere Anlagen und Einrichtungen, die überwiegend oder ausschließlich von behinderten Menschen, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern genutzt oder betreten werden, wie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Tagesstätten und Heime für behinderte Menschen,</li> <li>2. Altenwohnungen, Altenheime sowie Altenwohn- und Altenpflegeheime,</li> <li>3. Kindertagesstätten und Kinderheime,</li> <li>4. Schulen und Ausbildungsstätten für behinderte Menschen,</li> </ol> <p>gilt Absatz 2 für die gesamte Anlage und die gesamten Einrichtungen.</p>	<p>(3) Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude ab als 500 m<sup>2</sup> Nutzfläche sowie bauliche Anlagen und andere Anlagen und Einrichtungen, die überwiegend oder ausschließlich von Menschen mit Behinderungen, alten Menschen oder Personen mit Kleinkindern genutzt oder betreten werden, wie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Tageseinrichtungen zur Betreuung und Pflege,</li> <li>2. stationäre Einrichtungen zur Unterbringung, Betreuung und Pflege,</li> <li>3. Schulen, Ausbildungs- und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen,</li> </ol> <p>müssen in allen der zweckentsprechenden Nutzung dienenden Teile barrierefrei sein.</p>
<p>(4) <sup>1</sup>Werden Toiletten eingerichtet, muss mindestens ein Toilettenraum für die Benutzung mit dem Rollstuhl geeignet und entsprechend gekennzeichnet sein; § 51 bleibt unberührt. <sup>2</sup>§ 39 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend, wenn die Anforderungen nach Absatz 2 Satz 1 durch den Einbau eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs erfüllt werden.</p>	<p>(4)-<sup>4</sup>Sanitärräume und notwendige Stellplätze für Besucher und Benutzer müssen bei Anlagen nach Absatz 2 und 3 in der erforderlichen Anzahl barrierefrei und entsprechend gekennzeichnet sein; § 51 bleibt unberührt. <sup>2</sup>§ 39 Absatz 4 Satz 3 und 4 gilt entsprechend, wenn die Anforderungen nach Absatz 2 Satz 1 durch den Einbau eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs erfüllt werden.</p>
<p>(5) Von den Absätzen 1 bis 4 dürfen Abweichungen gemäß § 67 nur zugelassen werden, soweit die Anforderungen wegen schwieriger Ge-</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Von den Absätzen 1 bis 4 dürfen Abweichungen gemäß § 67 nur</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>ländebeziehungen, wegen ungünstiger vorhandener Bebauung oder im Hinblick auf die Sicherheit der Menschen mit Behinderungen oder alten Menschen oder bei Anlagen nach Absatz 1 auch wegen des Einbaus eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können.</p>	<p>zugelassen werden, soweit die Anforderungen wegen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. schwieriger Geländebeziehungen,</li> <li>2. ungünstiger vorhandener Bebauung,</li> <li>3. Bezug auf die Sicherheit der Menschen mit Behinderungen oder <b>mobilitätseingeschränkten Personen</b>,</li> <li>4. <b>atypischer Nutzung</b>,</li> <li>5. <b>Änderungen oder Nutzungsänderungen im vorhandenen Bestand</b> oder,</li> <li>6. bei Anlagen nach Absatz 1 <b>und 4</b> auch wegen des Einbaus eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs</li> </ol> <p>nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können.</p> <p><b>²Bei der Zulassung von Abweichungen sind die Belange von Menschen mit Behinderungen, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern angemessen zu berücksichtigen.</b></p>
<p><b>§ 52</b>  <b>Grundpflichten</b></p>	<p><b>§ 52</b>  <b>Grundpflichten</b></p>
<p>Bei der Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und der Beseitigung von Anlagen sind der Bauherr und im Rahmen ihres Wirkungskreises die anderen am Bau Beteiligten dafür verantwortlich, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.</p>	<p><b>(1)</b> Bei der Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und der Beseitigung von Anlagen sind der Bauherr und im Rahmen ihres Wirkungskreises die anderen am Bau Beteiligten dafür verantwortlich, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.</p>
<p><i>neue Regelung in Anlehnung § 59 BremLBO-03</i></p>	<p><b>(2)</b> <b>¹Die Eigentümer sind dafür verantwortlich, dass Anlagen, Grundstücke und die Nutzung dem öffentlichen Baurecht entsprechen und dem-</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>entsprechend instand gehalten werden, dies gilt auch für Gemeinschaftsanlagen. <sup>2</sup>Erbbauberechtigte treten an die Stelle der Eigentümer. <sup>3</sup>Wer die tatsächliche Gewalt über eine Anlage oder ein Grundstück ausübt, ist neben dem Eigentümer oder Erbbauberechtigten verantwortlich und kann von den Bauaufsichtsbehörden ebenfalls als verantwortlicher Adressat in Anspruch genommen werden.</p>
<p><b>§ 53                  Bauherr</b></p>	<p><b>§ 53                  Bauherrin oder Bauherr</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Der Bauherr hat zur Vorbereitung, Überwachung und Ausführung eines nicht verfahrensfreien Bauvorhabens sowie der Beseitigung von Anlagen geeignete Beteiligte nach Maßgabe der §§ 54 bis 56 zu bestellen, soweit er nicht selbst zur Erfüllung der Verpflichtungen nach diesen Vorschriften geeignet ist. <sup>2</sup>Dem Bauherrn obliegen außerdem die nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Anträge, Anzeigen und Nachweise.</p> <p><sup>3</sup>Er hat vor Baubeginn den Namen des Bauleiters und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person unverzüglich der Bauaufsichtsbehörde schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. <sup>4</sup>Wechselt der Bauherr, hat der neue Bauherr dies der Bauaufsichtsbehörde unverzüglich schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Bauherrin oder der Bauherr hat zur Vorbereitung, Überwachung und Ausführung eines nicht verfahrensfreien Bauvorhabens sowie der Beseitigung von Anlagen geeignete Beteiligte nach Maßgabe der §§ 54 bis 56 zu bestellen, soweit sie oder er nicht selbst zur Erfüllung der Verpflichtungen nach diesen Vorschriften geeignet ist. <sup>2</sup>Der Bauherrin oder dem Bauherrn obliegen außerdem die nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Anträge, Anzeigen und Nachweise.</p> <p><sup>3</sup>Sie oder er hat die zur Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erforderlichen Nachweise und Unterlagen zu den verwendeten Bauprodukten und den angewandten Bauarten bereitzuhalten. <sup>4</sup>Werden Bauprodukte verwendet, die die CE-Kennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 tragen, ist die Leistungserklärung bereitzuhalten.</p> <p><sup>5</sup>Die Bauherrin oder der Bauherr hat vor Baubeginn den Namen der Bauleiterin oder des Bauleiters und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person unverzüglich der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen. <sup>6</sup>Wechselt die Bauherrin oder der Bauherr, hat die neue Bauherrin oder der neue Bauherr dies der Bauaufsichtsbehörde unver-</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>züglich schriftlich mitzuteilen.</p>
<p align="center"><b>§ 55 Unternehmer</b></p>	<p align="center"><b>§ 55 Unternehmerin oder Unternehmer</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Jeder Unternehmer ist für die mit den öffentlich-rechtlichen Anforderungen übereinstimmende Ausführung der von ihm übernommenen Arbeiten und insoweit für die ordnungsgemäße Einrichtung und den sicheren Betrieb der Baustelle verantwortlich.</p> <p><sup>2</sup>Er hat die erforderlichen Nachweise über die Verwendbarkeit der verwendeten Bauprodukte und Bauarten zu erbringen und auf der Baustelle bereitzuhalten.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Jede Unternehmerin oder jeder Unternehmer ist für die mit den öffentlich-rechtlichen Anforderungen übereinstimmende Ausführung der von ihr oder ihm übernommenen Arbeiten und insoweit für die ordnungsgemäße Einrichtung und den sicheren Betrieb der Baustelle verantwortlich.</p> <p><sup>2</sup>Sie oder er hat die zur Erfüllung der Anforderungen dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erforderlichen Nachweise und Unterlagen zu den verwendeten Bauprodukten und den angewandten Bauarten zu erbringen und auf der Baustelle bereitzuhalten.</p> <p><sup>3</sup>Bei Bauprodukten, die die CE-Kennzeichnung nach der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 tragen, ist die Leistungserklärung bereitzuhalten.</p>
<p align="center"><b>§ 58 Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden</b></p>	<p align="center"><b>§ 58 Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden</b></p>
<p>(6) <sup>1</sup>Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Personen sind berechtigt, in Ausübung ihres Amtes Grundstücke und Anlagen, einschließlich der Wohnungen, zu betreten. <sup>2</sup>Wohnungen, Geschäfts- und Betriebsräume dürfen nur zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung betreten werden. <sup>3</sup>Die Absicht des Betretens soll unter Darlegung des Zwecks vorher mitgeteilt werden; dies gilt nicht für Maßnahmen der Bauüberwachung nach § 80. <sup>4</sup>Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grund-</p>	<p>(6) <sup>1</sup>Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Personen sind berechtigt, in Ausübung ihres Amtes Grundstücke und Anlagen, einschließlich der Wohnungen, zu betreten. <sup>2</sup>Die Absicht des Betretens soll unter Darlegung des Zwecks vorher mitgeteilt werden; dies gilt nicht für Maßnahmen der Bauüberwachung nach § 80. <sup>3</sup>Wohnungen sowie Betriebsgrundstücke und -räume außerhalb der Betriebszeit dürfen nur zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung betreten werden. <sup>4</sup>Die oder der Verfügungsberechtigte oder</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>gesetzes) wird insoweit eingeschränkt.</p>	<p>die Besitzerin oder der Besitzer hat diese Maßnahmen zu dulden. <sup>5</sup>Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(7) Bedienstete und Beauftragte der zuständigen Bauaufsichtsbehörde sind im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach Absatz 2 befugt zu verlangen, dass unentgeltlich Auskünfte erteilt und Unterlagen vorgelegt werden. Die oder der Auskunftspflichtige kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie oder ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(8) Soweit Maßnahmen nach diesem Gesetz im Wege der Ersatzvornahme nach § 15 des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ausgeführt werden, ruhen die entstehenden Kosten als öffentliche Last auf dem betroffenen Grundstück.</p>
<p><b>§ 59</b> <b>Grundsatz</b></p>	<p><b>§ 59</b> <b>Grundsatz</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Errichtung, Änderung, und Nutzungsänderung von Anlagen bedürfen der Baugenehmigung, soweit in den §§ 60 bis 62 und 76 nichts anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann bei geringfügigen genehmigungsbedürftigen Vorhaben auf die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens verzichten.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Errichtung, Änderung, <del>und</del> Nutzungsänderung <b>und die Beseitigung</b> von Anlagen bedürfen der Baugenehmigung, soweit in den §§ 60 bis 62 und 76 nichts anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann bei geringfügigen genehmigungsbedürftigen Vorhaben auf die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens verzichten.</p>



<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p align="center"><b>§ 60 Vorrang anderer Gestattungsverfahren</b></p>	<p align="center"><b>§ 60 Vorrang anderer Gestattungsverfahren</b></p>
<p><sup>1</sup>Keiner Baugenehmigung, Abweichung, Genehmigungsfreistellung und Bauüberwachung nach diesem Gesetz bedürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nach anderen Rechtsvorschriften zulassungsbedürftige Anlagen in oder an oberirdischen Gewässern und Anlagen, die dem Ausbau, der Unterhaltung oder der Nutzung eines Gewässers dienen oder als solche gelten, ausgenommen Gebäude, die Sonderbauten sind,</li> <li>2. nach anderen Rechtsvorschriften zulassungsbedürftige Anlagen für die öffentliche Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser und für die öffentliche Verwertung oder Entsorgung von Abwässern, ausgenommen Gebäude, die Sonderbauten sind,</li> <li>3. Anlagen, die nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz einer Genehmigung bedürfen,</li> <li>4. Anlagen, die nach Geräte- und Produktsicherheitsrecht oder Betriebssicherheitsrecht einer Erlaubnis bedürfen,</li> <li>5. Anlagen, die einer Errichtungsgenehmigung nach dem Atomgesetz bedürfen.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Für Anlagen, bei denen ein anderes Gestattungsverfahren die Baugenehmigung oder die Abweichung einschließt oder die nach Satz 1 keiner Baugenehmigung bedürfen, nimmt die für den Vollzug der entsprechenden Rechtsvorschriften zuständige Behörde die Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbehörde wahr.</p>	<p><sup>1</sup>Keiner Baugenehmigung, Abweichung, Genehmigungsfreistellung, Zustimmung und Bauüberwachung nach diesem Gesetz bedürfen</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nach anderen Rechtsvorschriften zulassungsbedürftige Anlagen in oder an oberirdischen Gewässern und Anlagen, die dem Ausbau, der Unterhaltung oder der Nutzung eines Gewässers dienen oder als solche gelten, ausgenommen Gebäude, die Sonderbauten sind,</li> <li>2. nach anderen Rechtsvorschriften zulassungsbedürftige Anlagen für die öffentliche Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, Wasser und für die öffentliche Verwertung oder Entsorgung von Abwässern, ausgenommen Gebäude, die Sonderbauten sind,</li> <li>3. Anlagen, die nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz einer Genehmigung bedürfen,</li> <li>4. Anlagen, die nach Produktsicherheitsrecht oder der Betriebssicherheitsverordnung einer Genehmigung oder Erlaubnis bedürfen,</li> <li>5. Anlagen, die einer Errichtungsgenehmigung nach dem Atomgesetz bedürfen,</li> </ol> <p><sup>2</sup>Für Anlagen, bei denen ein anderes Gestattungsverfahren die Baugenehmigung, die Abweichung oder die Zustimmung einschließt oder die nach Satz 1 keiner Baugenehmigung oder Zustimmung bedürfen, nimmt die für den Vollzug der entsprechenden Rechtsvorschriften zuständige Behörde die Aufgaben und Befugnisse der Bauaufsichtsbe-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>hörde wahr.</p>
<p><b>§ 61                  Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen</b></p>	<p><b>§ 61                  Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen</b></p>
<p>(1) Verfahrensfrei sind</p> <p>1. folgende Gebäude:</p> <p>a) eingeschossige Gebäude mit einer Bruttogrundfläche bis zu 10 m<sup>2</sup>, außer im Außenbereich</p> <p>(...)</p> <p>h) vor die Außenwand eines Gebäudes vortretende eingeschossige Gebäudeteile ohne Feuerstätten, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1:</p> <p>bb) überwiegend verglaste, nur zum vorübergehenden Aufenthalt bestimmte Vorbauten (Veranden, Wintergärten) bis zu einer Tiefe von 2,50 m, auf durch Bebauungsplan als überbaubar festgesetzten Grundstücksflächen bis zu einer Tiefe von 3 m; dies gilt nicht auf Vorgartengrund,</p> <p>cc) Terrassenüberdachungen bis zu einer Tiefe von 3 m,</p> <p>2. Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung:</p> <p>a) Abgasanlagen in und an Gebäuden sowie frei stehende Abgasanlagen mit einer Höhe bis zu 10 m,</p> <p>b) Solarenergieanlagen und Sonnenkollektoren in und an Dach- und Außenwandflächen sowie gebäudeunabhängig mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge bis zu 9 m, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1</p>	<p>(1) Verfahrensfrei sind</p> <p>1. folgende Gebäude:</p> <p>a) eingeschossige <b>auch gewerblich genutzte</b> Gebäude mit einer Bruttogrundfläche bis zu 10 m<sup>2</sup>, außer im Außenbereich</p> <p>(...)</p> <p>h) vor die Außenwand eines Gebäudes vortretende eingeschossige Gebäudeteile ohne Feuerstätten, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach <b>§ 86</b> Absatz 1 Nummer 1:</p> <p>bb) <b>Terrassen einschließlich möglicher Überdachungen sowie</b> überwiegend verglaste, nur zum vorübergehenden Aufenthalt bestimmte Vorbauten (Veranden, Wintergärten) <b>bis zu einer Grundfläche von 30 m<sup>2</sup> und einer Tiefe bis 3,50 m,</b></p> <p><b>2. Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung ausgenommen freistehende Abgasanlagen mit einer Höhe von mehr als 10 m;</b></p> <p><b>3. folgende Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1,</b></p> <p><b>a) Solaranlagen in, an und auf Dach- und Außenwandflächen ausgenommen bei Hochhäusern sowie die damit verbundene</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Nummer 1,</p> <p>c) Brandmeldeanlagen in Wohnungen,                  d) sonstige Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung;</p> <p>3. folgende Anlagen der Ver- und Entsorgung:                  (...)</p> <p>4. folgende Masten, Antennen und ähnliche Anlagen:                  a) unbeschadet der Nummer 3 Buchst. b Antennen, auch mit Reflektorschalen mit einem Durchmesser bis 1,20 m, einschließlich der Masten mit einer Höhe bis zu 10 m, und zugehöriger Versorgungseinheiten mit einem Bruttorauminhalt bis zu 10 m<sup>3</sup> sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage,                  (...)</p> <p>5. folgende Behälter:</p>	<p>Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt des Gebäudes,</p> <p>b) gebäudeunabhängige Solaranlagen mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge bis zu 9 m,                  c) Windenergieanlagen bis zu 10 m Höhe gemessen von der Geländeoberfläche bis zum höchsten Punkt der vom Rotor bestrichenen Fläche und einem Rotordurchmesser bis zu drei Metern in Gewerbe- und Industriegebieten sowie im Außenbereich, wenn sie einem nach § 35 Absatz 1 BauGB zulässigen Vorhaben dienen;</p> <p>4. folgende Anlagen der Ver- und Entsorgung:                  (..)</p> <p>c) Anlagen der Abfallentsorgung die den im Rahmen des Absatzes 1 ansonsten zulässigen baulichen Umfang nicht überschreiten;</p> <p>5. folgende Masten, Antennen und ähnliche Anlagen:                  a) unbeschadet der Nummer 4 Buchst. b Antennen, auch mit Reflektorschalen mit einem Durchmesser bis 1,20 m, einschließlich der Masten mit einer Höhe bis zu 10 m, und zugehöriger Versorgungseinheiten mit einem Bruttorauminhalt bis zu 10 m<sup>3</sup> sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage,                  (..)</p> <p>6. folgende Behälter:</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>(...)</p> <p>6. folgende Mauern und Einfriedungen:                      (...)</p> <p>7. private Verkehrsanlagen, einschließlich Brücken und Durchlässen, mit einer lichten Weite bis zu 5 m und Untertunnelungen mit einem Durchmesser bis zu 3 m;</p> <p>8. Aufschüttungen und Abgrabungen mit einer Höhe oder Tiefe bis zu 2 m und einer Grundfläche bis zu 50 m<sup>2</sup>, im Außenbereich bis zu 300 m<sup>2</sup>;</p> <p>9. folgende Anlagen in Gärten und zur Freizeitgestaltung:                      (...)</p> <p>10. folgende tragende und nichttragende Bauteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) nichttragende und nichtaussteifende Bauteile in baulichen Anlagen,</li> <li>b) die Änderung tragender oder aussteifender Bauteile innerhalb von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>c) Fenster und Türen sowie die dafür bestimmten Öffnungen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>d) Außenwandverkleidungen, ausgenommen bei Hochhäusern, Verblendungen und Verputz baulicher Anlagen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>e) Dächer von fertiggestellten Wohngebäuden, einschließlich der Dachkonstruktion ohne Änderung der bisherigen Abmessun-</li> </ul>	<p>(...)</p> <p><b>7.</b> folgende Mauern und Einfriedungen:                      (...)</p> <p><b>8.</b> private Verkehrsanlagen, einschließlich Brücken und Durchlässen, mit einer lichten Weite bis zu 5 m und Untertunnelungen mit einem Durchmesser bis zu 3 m;</p> <p><b>9.</b> Aufschüttungen und Abgrabungen mit einer Höhe oder Tiefe bis zu 2 m und einer Grundfläche bis zu 50 m<sup>2</sup>, im Außenbereich bis zu 300 m<sup>2</sup>;</p> <p><b>10.</b> folgende Anlagen in Gärten und zur Freizeitgestaltung:                      (...)</p> <p><b>11.</b> folgende tragende und nichttragende Bauteile:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) nichttragende und nichtaussteifende Bauteile in baulichen Anlagen,</li> <li>b) die Änderung tragender oder aussteifender Bauteile innerhalb von Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,</li> <li>c) Fenster und Türen sowie die dafür bestimmten Öffnungen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>d) <b>Außenwandbekleidungen einschließlich Maßnahmen der Wärmedämmung</b>, ausgenommen bei Hochhäusern, Verblendungen und Verputz baulicher Anlagen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1,</li> <li>e) <b>Bedachung</b> von fertiggestellten Wohngebäuden, einschließlich der Dachkonstruktion ohne Änderung der bisherigen Abmes-</li> </ul>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>gen, sowie Dachflächenfenster, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1;</p> <p>11. folgende Werbeanlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche bis zu 1 m<sup>2</sup>, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>b) Waren- und Leistungsautomaten, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>c) Werbeanlagen, die nach ihrem erkennbaren Zweck nur vorübergehend für höchstens zwei Monate angebracht werden, außer im Außenbereich,</li> <li>d) Schilder, die Inhaber und Art gewerblicher Betriebe kennzeichnen (Hinweisschilder), wenn sie vor Ortsdurchfahrten auf einer einzigen Tafel zusammengefasst sind,</li> <li>e) Werbeanlagen in durch Bebauungsplan festgesetzten Gewerbe-, Industrie- und vergleichbaren Sondergebieten an der Stätte der Leistung mit einer Höhe bis zu 10 m,</li> <li>f) Werbeanlagen, die genehmigte Anlagen unverändert ersetzen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>g) vorübergehende Werbeanlagen auf Baustellen,</li> <li>h) Werbeanlagen, die baulicher Bestandteil von Fahrgastunterständen nach Nummer 1 Buchstabe e sind;</li> </ul>	<p>sungen mit Ausnahme von Maßnahmen der Wärmedämmung, sowie Dachflächenfenster , außer bei Hochhäusern und nicht im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1;</p> <p>12. folgende Werbeanlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Werbeanlagen mit einer Ansichtsfläche bis zu 1 m<sup>2</sup>, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>b) Waren- und Leistungsautomaten sowie Packstationen von Post- und Paketdienstleistern, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>c) Werbeanlagen, die nach ihrem erkennbaren Zweck nur vorübergehend für höchstens zwei Monate angebracht werden, außer im Außenbereich,</li> <li>d) Schilder, die Inhaber und Art gewerblicher Betriebe kennzeichnen (Hinweisschilder), wenn sie vor Ortsdurchfahrten auf einer einzigen Tafel zusammengefasst sind,</li> <li>e) Werbeanlagen in durch Bebauungsplan festgesetzten Gewerbe-, Industrie- und vergleichbaren Sondergebieten an der Stätte der Leistung mit einer Höhe bis zu 10 m,</li> <li>f) Werbeanlagen, die genehmigte Anlagen in den bisherigen Abmessungen unverändert ersetzen, außer im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1 und 2,</li> <li>g) vorübergehende Werbeanlagen auf Baustellen,</li> <li>h) Werbeanlagen, die baulicher Bestandteil von Fahrgastunterständen nach Nummer 1 Buchstabe e sind</li> </ul>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>12. folgende vorübergehend aufgestellte oder benutzbare Anlagen:                  (...)</p> <p>13. folgende Plätze:                  (...)</p> <p>14. folgende sonstige Anlagen:                  (...)</p>	<p>i) Servicesäulen und Hinweistafeln für Mobilitätsdienstleistungen;                  sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage;</p> <p>13. folgende vorübergehend aufgestellte oder benutzbare Anlagen:                  (...)</p> <p>14. folgende Plätze:                  (...)</p> <p>15. folgende sonstige Anlagen:                  e) andere unbedeutende Anlagen oder unbedeutende Teile von Anlagen, wie Hauseingangsüberdachungen, Markisen, Rollläden, Terrassen, Maschinenfundamente, Straßenfahrzeugwaagen, Pergolen, Jägerstände, Wildfütterungen, Bienenfreistände, Taubenhäuser, Hofeinfahrten und Teppichstangen.  <i>Zum Umfang der Verfahrensfreiheit von Terrassen siehe Nummer 1 h) bb)</i>                  g) Ladesäulen für Elektromobilität</p>
<p>(2) Verfahrensfrei ist die Änderung der Nutzung von Anlagen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>für die neue Nutzung keine anderen öffentlich-rechtlichen Anforderungen als für die bisherige Nutzung in Betracht kommen oder</li> <li>die Errichtung oder Änderung der Anlagen nach Absatz 1 verfahrensfrei wäre.</li> </ol>	<p>(2) Verfahrensfrei ist die Änderung der Nutzung von Anlagen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>für die neue Nutzung keine anderen öffentlich-rechtlichen Anforderungen nach § 64 i.V.m. § 66 als für die bisherige Nutzung in Betracht kommen,</li> <li>die Errichtung oder Änderung der Anlagen nach Absatz 1 verfahrensfrei wäre.</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Verfahrensfrei ist die Beseitigung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anlagen nach Absatz 1,</li> <li>2. frei stehenden Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 3, die keine geschützten Kulturdenkmäler sind und nicht in deren Umgebung liegen,</li> <li>3. sonstigen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Im Übrigen ist die beabsichtigte Beseitigung von Anlagen mindestens einen Monat zuvor der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.</p> <p><sup>3</sup>Bei Gebäuden der Gebäudeklasse 2 muss die Standsicherheit des Gebäudes oder der Gebäude, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, von einem Tragwerksplaner im Sinne des § 66 Absatz 2 Satz 1 und 2 bestätigt sein.</p> <p><sup>4</sup>Bei sonstigen nicht frei stehenden Gebäuden muss die Standsicherheit des Gebäudes oder der Gebäude, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, bauaufsichtlich geprüft sein; Halbsatz 1 gilt entsprechend, wenn die Beseitigung eines Gebäudes sich auf andere Weise auf die Standsicherheit anderer Gebäude auswirken kann.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Verfahrensfrei ist die Beseitigung von</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anlagen nach Absatz 1,</li> <li>2. frei stehenden Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 3, die keine geschützten Kulturdenkmäler sind und nicht in deren Umgebung liegen,</li> <li>3. sonstigen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Mit Ausnahme der in Satz 1 genannten Anlagen ist die beabsichtigte Beseitigung von Anlagen mindestens einen Monat zuvor der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.</p> <p><sup>3</sup>Mit der Beseitigung von Anlagen darf nach Ablauf eines Monats nach Eingang der vollständigen Anzeige begonnen werden, sofern die Bauaufsichtsbehörde dem Bauherrn nicht vor Ablauf dieser Frist schriftlich mitteilt, dass ein Baugenehmigungsverfahren nach § 64 durchgeführt werden soll; § 62 Absatz 4 gilt entsprechend.</p> <p><sup>4</sup>Bei nicht freistehenden Gebäuden muss die Standsicherheit des Gebäudes oder der Gebäude, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, durch eine qualifizierte Tragwerksplanerin oder einen qualifizierten Tragwerksplaner im Sinn des § 66 Absatz 2 beurteilt und im erforderlichen Umfang nachgewiesen werden.</p> <p><sup>5</sup>Die Beseitigung ist in der Gebäudeklasse 2 und bei nicht frei stehenden Gebäuden der Gebäudeklasse 3 - soweit notwendig - durch die qualifizierte Tragwerksplanerin oder den qualifizierten Tragwerksplaner zu überwachen.</p> <p><sup>6</sup>Die nach Satz 4 erforderliche Bestätigung der Standsicherheit oder der erforderliche Standsicherheitsnachweis ist in den Gebäudeklassen 4</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><sup>5</sup>Die Sätze 3 und 4 gelten nicht, soweit an verfahrensfreie Gebäude angebaut ist.</p> <p><sup>6</sup>§ 72 Absatz 5 Nummer 3, Absatz 7 gilt entsprechend.</p>	<p>und 5 bauaufsichtlich zu prüfen.</p> <p><sup>7</sup>Satz 4 bis 6 gilt nicht, soweit an verfahrensfreie Gebäude angebaut ist.</p> <p><sup>8</sup>§ 66 Absatz 3 Satz 3, 69 Absatz 2, § 72 Absatz 5 Nummer 3, Absatz 7 und § 80 Absatz 2 Nummer 1 gilt entsprechend.</p>
<p>(4) Verfahrensfrei sind Instandhaltungsarbeiten; dies gilt bei Gebäuden, die von örtlichen Bauvorschriften nach § 85 Absatz 1 Nummer 1 erfasst werden nur, wenn die Instandhaltungsarbeiten keine Änderung der äußeren Gestaltung zur Folge haben.</p>	<p>(4) Verfahrensfrei sind Instandhaltungsarbeiten; dies gilt bei Gebäuden, die von örtlichen Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 1 erfasst werden nur, wenn die Instandhaltungsarbeiten keine Änderung der äußeren Gestaltung zur Folge haben.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Nicht verfahrensfreie Vorhaben des Bundes, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken des Bundesgrenzschutzes oder dem zivilen Bevölkerungsschutz dienen, sind der obersten Bauaufsichtsbehörde vor Baubeginn in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. <sup>2</sup>Darüber hinaus wirken die Bauaufsichtsbehörden nicht mit. <sup>3</sup>Auf Fliegende Bauten, die der Landesverteidigung dienen, finden Satz 1 und § 76 Absatz 2 bis 10 keine Anwendung; sie bedürfen auch keiner Baugenehmigung.</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Anlagen, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken der Bundespolizei oder dem zivilen Bevölkerungsschutz dienen, sind der obersten Bauaufsichtsbehörde vor Baubeginn durch eine qualifizierte Baudienststelle in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. <sup>2</sup>Darüber hinaus wirken die Bauaufsichtsbehörden nicht mit. <sup>3</sup>§ 76 Absatz 2 bis 10 findet auf Fliegende Bauten, die der Landesverteidigung, dienstlichen Zwecken der Bundespolizei oder dem zivilen Bevölkerungsschutz dienen, keine Anwendung, sie bedürfen auch keiner Baugenehmigung.</p> <p><b>entspricht § 77 Absatz 5 MBO</b></p>
<p><b>§ 62</b>  <b>Genehmigungsfreistellung</b></p>	<p><b>§ 62</b>  <b>Genehmigungsfreistellung</b></p>
<p>(1) Keiner Genehmigung bedarf unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von</p> <p>a) Wohngebäuden</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Keiner Genehmigung bedarf unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 die Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von</p> <p>a) Wohngebäuden, auch mit Räumen zur Ausübung freier Berufe nach § 13 der Baunutzungsverordnung,</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>b) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,                      c) Nebengebäuden und Nebenanlagen zu Bauvorhaben nach den Buchstaben a und b,                      ausgenommen Sonderbauten.</p> <p><i>neue Einschränkung zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie</i></p>	<p>b) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,                      c) <b>Garagen, Stellplätzen</b>, Nebengebäuden und Nebenanlagen zu Bauvorhaben nach den Buchstaben a und b,                      ausgenommen Sonderbauten <b>und Werbeanlagen</b>.</p> <p><b><sup>2</sup>Satz 1 gilt auch für Änderungen und Nutzungsänderungen von Anlagen, deren Errichtung oder Änderung nach vorgenommener Änderung oder bei geänderter Nutzung nach Satz 1 genehmigungsfrei wäre.</b></p> <p><b><sup>3</sup>Satz 1 und 2 gilt nicht für die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung eines oder mehrerer Gebäude, wenn dadurch dem Wohnen dienende Nutzungseinheiten mit einer Größe von insgesamt mehr als 5 000 m<sup>2</sup> Brutto-Grundfläche geschaffen werden, die innerhalb eines nach § 13 Absatz 2 Nummer 3 bekannt gemachten Abstandes liegen.</b></p>
<p>(2) Nach Absatz 1 ist ein Bauvorhaben genehmigungsfrei gestellt, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. es im Geltungsbereich eines Bebauungsplans im Sinne des § 30 Absatz 1, des § 12 oder des § 30 Absatz 2 des Baugesetzbuches mit Festsetzungen nach der Baunutzungsverordnung liegt,</li> <li>2. es den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht widerspricht,</li> <li>3. die Erschließung im Sinne des Baugesetzbuches gesichert ist und</li> <li>4. die Gemeinde nicht innerhalb der Frist nach Absatz 3 Satz 2 erklärt, dass das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll oder eine vorläufige Untersagung nach § 15 Ab-</li> </ol>	<p>(2) Nach Absatz 1 ist ein Bauvorhaben genehmigungsfrei gestellt, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. es im Geltungsbereich eines Bebauungsplans im Sinne des § 30 Absatz 1, des § 12 oder des § 30 Absatz 2 des Baugesetzbuches mit Festsetzungen nach der Baunutzungsverordnung liegt,</li> <li>2. es den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht widerspricht <b>oder erforderliche planungsrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen nach § 31 des Baugesetzbuches sowie städtebauliche Ermessensentscheidungen nach der Baunutzungsverordnung bereits erteilt worden sind,</b></li> <li>3. die Erschließung im Sinne des Baugesetzbuches gesichert ist <b>und die Anforderungen der §§ 4 und 5 erfüllt sind,</b></li> <li>4. die Gemeinde nicht innerhalb der Frist nach Absatz 3 Satz 2 erklärt, dass das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll oder eine vorläufige Untersagung nach § 15 Ab-</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>satz 1 Satz 2 des Baugesetzbuches beantragt.</p>	<p>satz 1 Satz 2 des Baugesetzbuches beantragt.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>§ 66 bleibt unberührt. <sup>2</sup>§ 59 Absatz 1 Satz 2, § 68 Absatz 2 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und 2, § 71, § 72 Absatz 5 Nummer 2, Absatz 6 und 7 sind entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(5) <sup>1</sup>§ 66 bleibt unberührt. <sup>2</sup>§ 59 Absatz 1 Satz 2, § 68 Absatz 2 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und 2, <b>§ 69 Absatz 2 Satz 2 und 3</b>, § 71, § 72 Absatz 5 Nummer 2, Absatz 6 und 7 sind entsprechend anzuwenden.</p>
<p><b>§ 63</b>  <b>Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren</b></p>	<p><b>§ 63</b>  <b>Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren</b></p>
<p><sup>1</sup>Bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Wohngebäuden</li> <li>b) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,</li> <li>c) Nebengebäuden und Nebenanlagen zu Bauvorhaben nach den Buchstaben a und b, ausgenommen Sonderbauten,</li> </ul> <p>prüft die Bauaufsichtsbehörde</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Zulässigkeit der baulichen Anlagen nach den §§ 29 bis 38 des Baugesetzbuches,</li> <li>2. beantragte Abweichungen im Sinne des § 67 Absatz 1 und 2 Satz 2 sowie</li> <li>3. andere öffentlich-rechtliche Anforderungen, soweit wegen der Baugenehmigung eine Entscheidung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entfällt oder ersetzt wird.</li> </ol> <p><sup>2</sup>§ 66 bleibt unberührt.</p>	<p><sup>1</sup>Bei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Wohngebäuden, <b>auch mit Räumen zur Ausübung freier Berufe nach § 13 der Baunutzungsverordnung</b>,</li> <li>b) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind,</li> <li>c) <b>Garagen, Stellplätzen</b>, Nebengebäuden und Nebenanlagen zu Bauvorhaben nach den Buchstaben a und b, ausgenommen Sonderbauten <b>und Werbeanlagen</b>,</li> </ul> <p>prüft die Bauaufsichtsbehörde</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Zulässigkeit der baulichen Anlagen nach den §§ 29 bis 38 des Baugesetzbuches,</li> <li>2. beantragte Abweichungen im Sinne des § 67 Absatz 1 und 2 Satz 2 sowie</li> <li>3. andere öffentlich-rechtliche Anforderungen, soweit wegen der Baugenehmigung eine Entscheidung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entfällt oder ersetzt wird.</li> </ol> <p><sup>2</sup>§ 66 bleibt unberührt.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 64 Baugenehmigungsverfahren</b></p>	<p><b>§ 64 Baugenehmigungsverfahren</b></p>
<p><sup>1</sup>Bei genehmigungsbedürftigen baulichen Anlagen, die nicht unter § 63 fallen, prüft die Bauaufsichtsbehörde</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vorschriften des Baugesetzbuches und aufgrund des Baugesetzbuches,</li> <li>2. die Vorschriften dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes,</li> <li>3. andere öffentlich-rechtliche Anforderungen, ausgenommen die Anforderungen nach der Energieeinsparverordnung, soweit die öffentlich-rechtlichen Anforderungen nicht in einem anderen als in einem Baugenehmigungsverfahren zu prüfen sind.</li> </ol> <p><sup>2</sup>§ 66 bleibt unberührt.</p>	<p><sup>1</sup>Bei genehmigungsbedürftigen baulichen Anlagen, die nicht unter § 63 fallen, prüft die Bauaufsichtsbehörde</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vorschriften des Baugesetzbuches und aufgrund des Baugesetzbuches,</li> <li>2. die Vorschriften dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes,</li> <li>3. andere öffentlich-rechtliche Anforderungen, ausgenommen die Anforderungen nach der Energieeinsparverordnung <b>und des Arbeitsstättenrechts</b>, soweit die öffentlich-rechtlichen Anforderungen nicht in einem anderen als in einem Baugenehmigungsverfahren zu prüfen sind.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Satz 1 gilt für die Beseitigung von baulichen Anlagen entsprechend, soweit für diese nach § 61 Absatz 3 Satz 3 die Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens gefordert wird.</p> <p><sup>3</sup>§ 66 bleibt unberührt.</p>
	<p><b>§ 64a Bauaufsichtliche Zustimmung</b></p>
<p><i>neu in Anlehnung an § 77 MBO-12 und § 79 BremLBO-03</i></p>	<p><sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann bei Bauvorhaben mit öffentlicher Trägerschaft auf die Durchführung eines Baugenehmigungsverfahrens nach § 64 verzichten, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Leitung der Entwurfsarbeiten und die Bauüberwachung einer qualifizierten Baudienststelle des Bundes, eines Landes oder der Gemeinde übertragen ist und</li> <li>2. die Baudienststelle mindestens mit einer Bediensteten oder ei-</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>dem Bediensteten mit der Befähigung zum höheren bautechnischen Verwaltungsdienst und mit sonstigen geeigneten Fachkräften ausreichend besetzt ist.</p> <p><sup>2</sup>Solche baulichen Anlagen bedürfen jedoch der Zustimmung der unteren Bauaufsichtsbehörde. <sup>3</sup>Der Antrag auf Zustimmung ist bei der unteren Bauaufsichtsbehörde einzureichen. <sup>4</sup>Die untere Bauaufsichtsbehörde prüft bei Verzichtentscheidung nach Satz 1 nur die Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Zulässigkeit der baulichen Anlagen nach den §§ 29 bis 38 des Baugesetzbuches und entscheidet über Maßnahmen zur Sicherung der Bauleitplanung nach den §§ 14 und 15 des Baugesetzbuches. <sup>5</sup>Die qualifizierte Baudienststelle nimmt stattdessen die Aufgaben und Befugnisse der unteren Bauaufsichtsbehörde wahr. <sup>6</sup>Hierzu gehören auch die Vollzugsaufgaben des § 66 und die Entscheidung über Abweichungen nach § 67. <sup>7</sup>Im Übrigen sind die Vorschriften über das Baugenehmigungsverfahren nach §§ 68 bis 72 und § 81 Absatz 2 von der qualifizierten Baudienststelle entsprechend anzuwenden, die allein die Verantwortung dafür trägt, dass der Entwurf, die Ausführung und das Vorhaben den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.</p>
<p><b>§ 66                  Bautechnische Nachweise</b></p>	<p><b>§ 66                  Bautechnische Nachweise</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Einhaltung der Anforderungen an die Standsicherheit, den Brand-, Schall-, Wärme- und Erschütterungsschutz ist nach näherer Maßgabe der Verordnung aufgrund § 84 Absatz 3 nachzuweisen (bautechnische Nachweise); dies gilt nicht für verfahrensfreie Bauvorhaben, einschließlich der Beseitigung von Anlagen, soweit nicht in diesem Gesetz oder in der Rechtsverordnung aufgrund § 84 Absatz 3 anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Die Bauvorlageberechtigung nach § 65 Absatz 2 Num-</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Einhaltung der Anforderungen an die Standsicherheit, den Brand-, Schall-, Wärme- und Erschütterungsschutz ist nach näherer Maßgabe der Verordnung aufgrund § 84 Absatz 3 nachzuweisen (bautechnische Nachweise); dies gilt nicht für verfahrensfreie Bauvorhaben, einschließlich der Beseitigung von Anlagen, soweit nicht in diesem Gesetz oder in der Rechtsverordnung aufgrund § 84 Absatz 3 anderes bestimmt ist. <sup>2</sup>Die Bauvorlageberechtigung</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>mer 1, 2, 4 und Absatz 3 schließt die Berechtigung zur Erstellung der bautechnischen Nachweise ein, soweit nicht nachfolgend Abweichendes bestimmt ist.</p>	<p>nach § 65 Absatz 2 Nrn. 1, 2, 4 und Absatz 3 schließt die Berechtigung zur Erstellung der bautechnischen Nachweise ein, soweit nicht nachfolgend Abweichendes bestimmt ist.</p>
<p>(3) Der Standsicherheitsnachweis muss</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5,</li> <li>2. wenn dies nach Maßgabe eines in der Rechtsverordnung nach § 84 Absatz 3 geregelten Kriterienkatalogs erforderlich ist, bei                         <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3,</li> <li>b) Behältern, Brücken, Stützmauern, Tribünen,</li> <li>c) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe von mehr als 10 m</li> </ol> </li> </ol> <p>bauaufsichtlich geprüft sein; das gilt nicht für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2.</p> <p style="text-align: right;"><i>neue Öffnungsklausel</i></p>	<p>(3) <sup>1</sup>Der Standsicherheitsnachweis muss</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei Gebäuden der Gebäudeklassen 4 und 5,</li> <li>2. wenn dies nach Maßgabe eines in der Rechtsverordnung nach § 84 Absatz 3 geregelten Kriterienkatalogs erforderlich ist, bei                         <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3,</li> <li>b) Behältern, Brücken, Stützmauern, Tribünen,</li> <li>c) sonstigen baulichen Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe von mehr als 10 m</li> </ol> </li> </ol> <p>bauaufsichtlich geprüft sein; das gilt nicht für Wohngebäude der Gebäudeklassen 1 und 2.</p> <p><sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 kann die Bauaufsichtsbehörde im begründeten Einzelfall hinsichtlich des Risikopotenzials eine bauaufsichtliche Prüfung des Standsicherheitsnachweises fordern.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Außer in den Fällen der Absätze der 3 und 4 werden bautechnische Nachweise nicht geprüft; § 67 bleibt unberührt.</p> <p style="text-align: right;"><i>neue Öffnungsklausel</i></p> <p><sup>2</sup>Einer bauaufsichtlichen Prüfung bedarf es ferner nicht, soweit für das Bauvorhaben Standsicherheitsnachweise vorliegen, die von einem</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Außer in den Fällen der Absätze der 3 und 4 werden bautechnische Nachweise nicht geprüft; § 67 bleibt unberührt.</p> <p><sup>2</sup>Darüber hinaus kann die Bauaufsichtsbehörde bei Vorhaben mit geringem Risikopotenzial und untergeordneter Bedeutung auf eine ansonsten nach Absatz 3 oder 4 erforderliche bauaufsichtliche Prüfung der bautechnischen Nachweise verzichten.</p> <p><sup>3</sup>Einer bauaufsichtlichen Prüfung bedarf es ferner nicht, soweit für das Bauvorhaben Standsicherheitsnachweise vorliegen, die von einem</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Prüfamt für Standsicherheit allgemein geprüft sind (Typenprüfung); Typenprüfungen anderer Länder gelten auch im Land Bremen.</p>	<p>Prüfamt für Standsicherheit allgemein geprüft sind (Typenprüfung); Typenprüfungen anderer Länder gelten auch im Land Bremen.</p>
<p><b>§ 67</b>  <b>Abweichungen</b></p>	<p><b>§ 67</b>  <b>Abweichungen</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn sie unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen des § 3 Absatz 1, vereinbar sind. <sup>2</sup>§ 3 Absatz 3 Satz 3 bleibt unberührt.</p> <p><b>§ 3 (3)</b> <sup>3</sup>Von den Technischen Baubestimmungen kann abgewichen werden, wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die allgemeinen Anforderungen des Absatzes 1 erfüllt werden; § 17 Absatz 3 und § 21 bleiben unberührt.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn sie unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen des <b>§ 3</b> vereinbar <b>ist</b>.</p> <p><b><sup>2</sup>§ 85 Absatz 1 Satz 3 bleibt unberührt.</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Zulassung von Abweichungen nach Absatz 1, von Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans, einer sonstigen städtebaulichen Satzung nach § 31 des Baugesetzbuches oder von Regelungen der Baunutzungsverordnung über die zulässige Art der baulichen Nutzung nach § 34 Absatz 2 Halbsatz 2 des Baugesetzbuches oder von Abweichungen nach § 34 Absatz 3a des Baugesetzbuches ist gesondert schriftlich oder elektronisch zu beantragen; der Antrag ist zu begründen.</p> <p><sup>2</sup>Für Anlagen, die keiner Genehmigung bedürfen sowie für Abweichungen von Vorschriften, die im Genehmigungsverfahren nicht geprüft werden, gilt Satz 1 entsprechend.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Zulassung von Abweichungen nach Absatz 1, von Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans oder einer sonstigen städtebaulichen Satzung oder von Regelungen der Baunutzungsverordnung (BauNVO) ist gesondert schriftlich <b>oder elektronisch zu beantragen</b>; der Antrag ist zu begründen.</p> <p><sup>2</sup>Für Anlagen, die keiner Genehmigung bedürfen, sowie für Abweichungen von Vorschriften, die im Genehmigungsverfahren nicht geprüft werden, gilt Satz 1 entsprechend.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 69</b>  <b>Behandlung des Bauantrages</b></p>	<p><b>§ 69</b>  <b>Behandlung des Bauantrages</b></p>
	<p><i>Absätze 1 und 2 unverändert</i></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde entscheidet innerhalb von drei Monaten über den Bauantrag. <sup>2</sup>Die Frist nach Satz 1 beginnt mit dem bestätigten Eingangsdatum nach Absatz 2 Satz 1; sie kann unter Angabe eines wichtigen Grundes um höchstens einen Monat verlängert werden. <sup>3</sup>Die Frist nach Satz 1 beginnt neu, wenn die Prüfung des Bauantrages zu einer wesentlichen Änderung des Bauantrages führt. <sup>4</sup>Ist die Prüfung eines Bauantrages besonders schwierig oder umfangreich, kann die Bauaufsichtsbehörde mit der Eingangsbestätigung erklären, dass die Frist nach Satz 1 voraussichtlich nicht eingehalten wird. <sup>5</sup>Auf die Einhaltung der Frist nach Satz 1 kann die Bauherrin oder der Bauherr nicht wirksam verzichten.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde entscheidet innerhalb von <b>zwölf Wochen</b> über den Bauantrag. <sup>2</sup>Die Frist nach Satz 1 beginnt mit dem bestätigten Eingangsdatum nach Absatz 2 Satz 1; sie kann unter Angabe eines wichtigen Grundes um höchstens einen Monat verlängert werden. <sup>3</sup>Ist die Prüfung eines Bauantrages besonders schwierig oder umfangreich, kann die Bauaufsichtsbehörde mit der Eingangsbestätigung erklären, dass die Frist nach Satz 1 voraussichtlich nicht eingehalten wird. <sup>4</sup>Auf die Einhaltung der Frist nach Satz 1 kann die Bauherrin oder der Bauherr nicht wirksam verzichten. <sup>5</sup><b>Wenn die vollständigen Bauvorlagen und alle für die Entscheidung notwendigen Stellungnahmen, Zustimmungen und Nachweise vorliegen, entscheidet die Bauaufsichtsbehörde ohne Verlängerung der Frist nach Satz 1 innerhalb von einem Monat über den Bauantrag.</b> <sup>6</sup>Die Fristen nach Satz 1 <b>und Satz 5</b> beginnen neu, wenn die Prüfung des Bauantrages zu einer wesentlichen Änderung des Bauantrages führt.</p>
<p><b>§ 70</b>  <b>Beteiligung der Nachbarn</b></p>	<p><b>§ 70</b>  <b>Beteiligung der Nachbarn <b>und der Öffentlichkeit</b></b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Eigentümer benachbarter Grundstücke (Nachbarn) sind nach den Absätzen 2 bis 5 zu beteiligen. <sup>2</sup>Ein Erbbauberechtigter tritt als Nachbar an die Stelle des Eigentümers.</p>	<p><del>(1) Die Eigentümer benachbarter Grundstücke (Nachbarn) sind nach den Absätzen 2 bis 4 zu beteiligen.</del></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Vor Erteilung von Abweichungen oder Befreiungen, die öffentlich-rechtlich geschützte nachbarliche Belange berühren können, soll die</p>	<p><del>(2)</del> (1) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörde soll <b>die Eigentümer benachbarter Grundstücke (Nachbarn)</b> vor Erteilung von Abweichungen und Be-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Bauaufsichtsbehörde die Nachbarn von dem Vorhaben benachrichtigen.</p> <p><sup>2</sup>Entsprechend kann verfahren werden, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass durch die Baugenehmigung öffentlich-rechtlich geschützte nachbarliche Belange beeinträchtigt werden.</p> <p><sup>3</sup>Einwendungen sind innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Benachrichtigung bei der Bauaufsichtsbehörde schriftlich oder zur Niederschrift vorzubringen.</p> <p><sup>4</sup>Die schriftlich benachrichtigten Nachbarn werden mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die im Rahmen der Beteiligung nicht fristgemäß geltend gemacht worden sind; auf diese Rechtsfolge ist in der Benachrichtigung hinzuweisen.</p>	<p>freiungen benachrichtigen, die öffentlich-rechtlich geschützte nachbarliche Belange berühren können.</p> <p><sup>2</sup>Entsprechend kann verfahren werden, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass durch die Baugenehmigung öffentlich-rechtlich geschützte nachbarliche Belange beeinträchtigt werden.</p> <p><sup>3</sup>Einwendungen sind innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Benachrichtigung bei der Bauaufsichtsbehörde schriftlich oder zur Niederschrift vorzubringen.</p> <p><sup>4</sup>Die schriftlich benachrichtigten Nachbarn werden mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die im Rahmen der Beteiligung nicht fristgemäß geltend gemacht worden sind; auf diese Rechtsfolge ist in der Benachrichtigung hinzuweisen.</p>
<p>(3) Die Bauaufsichtsbehörde kann auf Kosten des Bauherrn die Benachrichtigung der Nachbarn durch ein öffentliches Auslegungsverfahren ersetzen, wenn sonst eine erhebliche Verzögerung der Entscheidung über den Bauantrag zu erwarten wäre.</p>	<p><i>entfällt, siehe neue Regelung in Absatz 3 Satz 4.</i></p>
<p>(4) Die Benachrichtigung entfällt, wenn die zu benachrichtigenden Nachbarn die Lagepläne und Bauzeichnungen unterschrieben oder dem Bauvorhaben auf andere Weise zugestimmt haben.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Benachrichtigung entfällt, wenn die zu benachrichtigenden Nachbarinnen und Nachbarn die Lagepläne und Bauzeichnungen unterschrieben oder dem Bauvorhaben auf andere Weise zugestimmt haben.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Die Nachbarn sind berechtigt, die eingereichten Bauvorlagen bei der Bauaufsichtsbehörde einzusehen, soweit das Vorhaben nachbarliche Belange berühren kann. <sup>2</sup>Wird den Einwendungen der Nachbarn nicht entsprochen, so ist ihnen eine Ausfertigung der Baugenehmigung oder der Entscheidung über die Abweichung oder Befreiung zuzustellen. <sup>3</sup>§§ 13, 28, 39 und § 41 Absatz 1 des Bremischen Verwaltungsver-</p>	<p><sup>2</sup>Die Nachbarinnen und Nachbarn sind berechtigt, die eingereichten Bauvorlagen bei der Bauaufsichtsbehörde einzusehen, soweit das Vorhaben nachbarliche Belange berühren kann. <sup>3</sup>Wird den Einwendungen der Nachbarinnen und Nachbarn nicht entsprochen, so ist ihnen eine Ausfertigung der Baugenehmigung oder der Entscheidung über die Abweichung oder Befreiung zuzustellen. <sup>4</sup>§§ 13, 28, 39 und § 41 Ab-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>fahrengesetzes finden keine Anwendung.</p>	<p>satz 1 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes finden keine Anwendung.</p>
<p><i>neue Regelung auf Grundlage des Beschlusses der FK Bauaufsicht zu TOP der 312. Sitzung am 18./19.05.2017</i></p>	<p>(3) <sup>1</sup>Bei baulichen Anlagen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebs geeignet sind, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, zu benachteiligen oder zu belästigen, kann die Bauaufsichtsbehörde auf Antrag und Kosten der Bauherrin oder des Bauherrn das Bauvorhaben im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen und außerdem entweder im Internet oder in örtlichen Tageszeitungen, die im Bereich des Standortes der Anlage verbreitet sind öffentlich bekannt machen.</p> <p><sup>2</sup>Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. eines oder mehrerer Gebäude, wenn dadurch dem Wohnen dienende Nutzungseinheiten mit einer Größe von insgesamt mehr als 5 000 m<sup>2</sup> Bruttogrundfläche geschaffen werden,</li> <li>2. baulicher Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, wenn dadurch die gleichzeitige Nutzung durch mehr als 100 zusätzliche Besucher ermöglicht wird, und</li> <li>3. baulicher Anlagen, die nach Durchführung des Bauvorhabens Sonderbauten nach § 2 Absatz 4 Nummer 9, 10, 12, 13, 15 oder 16 sind,</li> </ol> <p>ist das Bauvorhaben nach Satz 1 bekannt zu machen, wenn es innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstands eines Betriebsbereichs im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274) in der jeweils geltenden Fassung liegt; ist der angemessene Sicherheitsabstand nicht be-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>kannt, ist maßgeblich, ob sich das Vorhaben innerhalb des Achtungsabstands des Betriebsbereichs befindet.</p> <p><sup>3</sup>Satz 2 gilt nicht, wenn die Bauaufsichtsbehörde zu dem Ergebnis kommt, dass dem Gebot, den angemessenen Sicherheitsabstand zu wahren, bereits in einem Bebauungsplan Rechnung getragen ist.</p> <p><sup>4</sup>Verfährt die Bauaufsichtsbehörde nach Satz 1 oder 2, finden Absatz 1 und 2 keine Anwendung.</p>
<p>neue Regelung auf Grundlage des Beschlusses der FK Bauaufsicht zu TOP der 312. Sitzung am 18./19.05.2017</p>	<p>(4) <sup>1</sup>In der Bekanntmachung nach Absatz 3 Satz 1 und 2 ist über folgendes zu informieren:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. über den Gegenstand des Vorhabens,</li> <li>2. über die für die Genehmigung zuständige Behörde, bei der der Antrag nebst Unterlagen zur Einsicht ausgelegt wird sowie wo und wann Einsicht genommen werden kann,</li> <li>3. darüber, dass Personen, deren Belange berührt sind, und Vereinigungen, welche die Anforderungen von § 3 Absatz 1 oder § 2 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes erfüllen (betroffene Öffentlichkeit), Einwendungen bei einer in der Bekanntmachung bezeichneten Stelle bis zu zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist erheben können; dabei ist darauf hinzuweisen, dass mit Ablauf der Frist alle öffentlich-rechtlichen Einwendungen ausgeschlossen sind und der Ausschluss von umweltbezogenen Einwendungen nur für das Genehmigungsverfahren gilt,</li> <li>4. dass die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Bei der Bekanntmachung nach Absatz 3 Satz 2 ist zusätzlich über Folgendes zu informieren:</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>1. gegebenenfalls die Feststellung der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie erforderlichenfalls die Durchführung einer grenzüberschreitenden Beteiligung nach den §§ 8 und 9a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung,</p> <p>2. die Art möglicher Entscheidungen oder, soweit vorhanden, den Entscheidungsentwurf,</p> <p>gegebenenfalls weitere Einzelheiten des Verfahrens zur Unterrichtung der Öffentlichkeit und Anhörung der betroffenen Öffentlichkeit.</p>
<p><i>neue Regelung auf Grundlage des Beschlusses der FK Bauaufsicht zu TOP der 312. Sitzung am 18./19.05.2017</i></p>	<p>(5) <sup>1</sup>Nach der Bekanntmachung sind der Antrag und die Bauvorlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Bauaufsichtsbehörde im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, einen Monat zur Einsicht auszulegen. <sup>3</sup>Bauvorlagen, die Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse enthalten, sind nicht auszulegen; für sie gilt § 10 Absatz 2 des Bundesimmissionsschutzgesetzes entsprechend. <sup>3</sup>Bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gegenüber der zuständigen Behörde schriftlich Einwendungen erheben; mit Ablauf dieser Frist sind alle öffentlich-rechtlichen Einwendungen ausgeschlossen. <sup>4</sup>Satz 3 gilt für umweltbezogene Einwendungen nur für das Genehmigungsverfahren.</p>
<p><i>neue Regelung auf Grundlage des Beschlusses der FK Bauaufsicht zu TOP der 312. Sitzung am 18./19.05.2017</i></p>	<p>(6) <sup>1</sup>Bei mehr als 20 Nachbarn, denen die Baugenehmigung nach Absatz 2 Satz 3 zuzustellen ist, kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden; wurde eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach Absatz 4 durchgeführt, ist der Genehmigungsbescheid öffentlich bekannt zu machen. <sup>2</sup>Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil des Bescheids und die Rechts-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>behelfsbelehrung in entsprechender Anwendung des Absatzes 3 Satz 1 bekannt gemacht werden; auf Auflagen ist hinzuweisen. <sup>3</sup>Eine Ausfertigung des gesamten Genehmigungsbescheids ist vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen zur Einsicht auszulegen. <sup>4</sup>Ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach Absatz 3 Satz 2 erfolgt, sind in die Begründung die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe, die die Behörde zu ihrer Entscheidung bewogen haben, die Behandlung der Einwendungen sowie Angaben über das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit aufzunehmen; § 72 Absatz 2 bleibt unberührt. <sup>5</sup>In der öffentlichen Bekanntmachung ist anzugeben, wo und wann der Bescheid und seine Begründung eingesehen und nach Satz 6 angefordert werden können. <sup>6</sup>Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch Dritten gegenüber, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt; darauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen. <sup>7</sup>Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich angefordert werden.</p>
<p><b>§ 71                  Übermittlung personenbezogener Daten</b></p>	<p><b>§ 71                  Übermittlung personenbezogener Daten</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörden sind befugt, zur Durchführung der Verfahren nach §§ 63, 64, 74, 75 und 76, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 58, einschließlich der Erhebung von Gebühren, zur Führung des Baulastenverzeichnisses nach § 82 sowie zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 83 die erforderlichen personenbezogenen Daten von den nach §§ 53 bis 56 am Bau verantwortlich Beteiligten, Grundstückseigentümern, Nachbarn, Baustoffproduzenten sowie sonstigen am Verfahren zu Beteiligten zu verarbeiten. <sup>2</sup>Darüber hinaus ist eine Verarbeitung personenbezogener Daten nur mit Einwilligung</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Bauaufsichtsbehörden sind befugt, zur Durchführung der Verfahren nach §§ 63, 64, 64a, 74, 75 und 76, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 58, einschließlich der Erhebung von Gebühren, zur Führung des Baulastenverzeichnisses nach § 82 sowie zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 83 die erforderlichen personenbezogenen Daten von den nach §§ 53 bis 56 am Bau verantwortlich Beteiligten, Grundstückseigentümern, Nachbarn, Baustoffproduzenten sowie sonstigen am Verfahren zu Beteiligten zu verarbeiten. <sup>2</sup>Darüber hinaus ist eine Verarbeitung personenbezogener Daten <b>vorbehaltlich des</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>des Betroffenen zulässig. <sup>3</sup>§ 3 Absatz 3 und 4 des Bremischen Datenschutzgesetzes gelten entsprechend.</p>	<p>Absatzes 3 Satz 1 Nummern 1 bis 3 nur mit Einwilligung der betroffenen Person rechtmäßig.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben werden. <sup>2</sup>Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten abweichend von Satz 1 bei öffentlichen oder privaten Stellen erhoben werden.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei der betroffenen Person mit ihrer Kenntnis zu erheben. <sup>2</sup>Soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Satz 1 erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten abweichend von Satz 1 auch bei öffentlichen oder privaten Stellen erhoben werden.</p>
<p>(3) <sup>1</sup>Eine Übermittlung personenbezogener Daten ist nur an Personen und Stellen zulässig, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. deren Beteiligung in einem Verfahren erforderlich ist,</li> <li>2. diese die Daten zur Erfüllung von Aufgaben benötigen, die im öffentlichen Interesse liegen,</li> <li>3. diese ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der Daten glaubhaft machen,</li> <li>4. diese im Einzelfall ein berechtigtes Interesse an der Kenntnis der Daten glaubhaft machen, diese Kenntnis nicht auf eine zumutbare andere Weise erhalten können und schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Regelmäßige Datenübermittlungen sind nach den Nummern 1 und 2 zulässig unter Festlegung des Anlasses und des Zwecks der Übermittlung, der Datenempfänger und der zu übermittelnden Daten.  <sup>3</sup>Gesetzliche Übermittlungsvorschriften bleiben unberührt.</p>	<p>(3) <sup>1</sup>Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte ohne Einwilligung der betroffenen Person ist nur rechtmäßig, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. deren Beteiligung in einem Verfahren erforderlich ist,</li> <li>2. diese die Daten zur Erfüllung von Aufgaben benötigen, die im öffentlichen Interesse liegen und dem Schutz eines der in Art. 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 genannten Ziele dienen oder</li> <li>3. sie zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche erforderlich ist.</li> </ol> <p><sup>2</sup>Der Dritte darf die übermittelten Daten nur für den Zweck verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden, oder für einen hiermit vereinbarten Zweck.  <sup>3</sup>Zusätzlich gilt bei einer Übermittlung nach den Nummern 2 und 3, dass diese nur rechtmäßig ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.  <sup>4</sup>Regelmäßige Datenübermittlungen sind nach den Nummern 1 und 2 rechtmäßig unter Einhaltung der in der Rechtsverordnung nach Absatz 4 Nr. 3 festgelegten Vorgaben. <sup>5</sup>Gesetzliche Übermittlungs- und Veröffentlichungspflichten bleiben unberührt.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>(4) unverändert</p>
	<p>(5) <sup>1</sup>Soweit in diesem Gesetz keine besonderen Regelungen über die Verarbeitung personenbezogener Daten getroffen wurden, sind die Regelungen des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung in der jeweils geltenden Fassung ergänzend anzuwenden. <sup>2</sup>Die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 04.05.2016, S. 1 L 314 vom 22.11.2016, S. 72) in der jeweils geltenden Fassung und sonstige datenschutzrechtliche Regelungen, die diesem Gesetz oder dem Bremischen Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung vorgehen, bleiben unberührt.</p>
<p><b>§ 72                  Baugenehmigung, Baubeginn</b></p>	<p><b>§ 72                  Baugenehmigung, Baubeginn</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Die Baugenehmigung ist zu erteilen, wenn dem Bauvorhaben keine öffentlich rechtlichen Vorschriften entgegenstehen, die im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen sind und alle neben der Baugenehmigung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Zulassungsentscheidungen erteilt sind. <sup>2</sup>Die durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung ermittelten, beschriebenen und bewerteten Umweltauswirkungen sind nach Maßgabe der hierfür geltenden Vorschriften bei der Erteilung der Baugenehmigung zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Die Baugenehmigung kann auch unter den aufschiebenden Bedingungen erteilt werden, dass bautechnische Nachweise nachgereicht und die in der Baugenehmigung zu benennenden öffentlich-rechtlichen Zu-</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Baugenehmigung ist zu erteilen, wenn dem Bauvorhaben keine öffentlich rechtlichen Vorschriften entgegenstehen, die im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren zu prüfen sind und alle neben der Baugenehmigung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Zulassungsentscheidungen erteilt sind. <sup>2</sup>Die durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung ermittelten, beschriebenen und bewerteten Umweltauswirkungen sind nach Maßgabe der hierfür geltenden Vorschriften bei der Erteilung der Baugenehmigung zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Die Baugenehmigung kann auch unter den aufschiebenden Bedingungen erteilt werden, dass bautechnische Nachweise nachgereicht und die in der Baugenehmigung zu benennenden öffentlich-rechtlichen Zu-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBI. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBI. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>lassungsentscheidungen nach Satz 1 eingeholt werden.</p>	<p>lassungsentscheidungen nach Satz 1 eingeholt werden; dies gilt nicht für die Nachreichung des Brandschutznachweises.</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Baugenehmigung bedarf der Schriftform; sie ist nur insoweit zu begründen, als Abweichungen oder Befreiungen von nachbarschützenden Vorschriften zugelassen werden und der Nachbar Einwendungen erhoben hat.  <sup>2</sup>Für Baugenehmigungen, die in elektronischer Form erteilt werden, gilt § 37 Absatz 3 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht.</p>	<p>(2) Die Baugenehmigung bedarf der Schriftform; sie ist nur insoweit zu begründen, als Abweichungen oder Befreiungen von nachbarschützenden Vorschriften zugelassen werden und der Nachbar nicht nach § 70 Absatz 2 zugestimmt hat.  <sup>2</sup>Für Baugenehmigungen, die in elektronischer Form erteilt werden, gilt § 37 Absatz 3 Satz 2 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht.</p>
<p><b>§ 73</b>  <b>Geltungsdauer der Genehmigung</b></p>	<p><b>§ 73</b>  <b>Geltungsdauer der Genehmigung</b></p>
	<p>(1) unverändert</p>
<p>(2) <sup>1</sup>Die Frist nach Absatz 1 kann auf schriftlichen oder elektronischen Antrag um jeweils bis zu drei Jahre verlängert werden. <sup>2</sup>Sie kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Frist nach Absatz 1 kann auf schriftlichen oder elektronischen Antrag einmal um zwei Jahre verlängert werden. <sup>2</sup>Sie kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist.</p>
<p><b>§ 76</b>  <b>Genehmigung Fliegender Bauten</b></p>	<p><b>§ 76</b>  <b>Genehmigung Fliegender Bauten</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Fliegende Bauten bedürfen, bevor sie erstmals aufgestellt und in Gebrauch genommen werden, einer Ausführungsgenehmigung. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für          1. Fliegende Bauten mit einer Höhe bis zu 5 m, die nicht dazu bestimmt sind, von Besuchern betreten zu werden,</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Fliegende Bauten bedürfen, bevor sie erstmals aufgestellt und in Gebrauch genommen werden, einer Ausführungsgenehmigung. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für          1. Fliegende Bauten mit einer Höhe bis zu 5 m, die nicht dazu bestimmt sind, von Besuchern betreten zu werden,</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>2. Fliegende Bauten mit einer Höhe bis zu 5 m, die für Kinder betrieben werden und eine Geschwindigkeit von höchstens 1 m/s haben,</p> <p>3. Bühnen, die Fliegende Bauten sind, einschließlich Überdachungen und sonstigen Aufbauten, mit einer Höhe bis zu 5 m, einer Grundfläche bis zu 100 m<sup>2</sup> und einer Fußbodenhöhe bis zu 1,50 m,</p> <p>4. Zelte, die Fliegende Bauten sind, mit einer Grundfläche bis zu 75 m<sup>2</sup>,</p> <p>5. eingeschossige Verkaufsstände, die Fliegende Bauten und dazu bestimmt sind, von Besuchern betreten zu werden, mit einer Grundfläche bis zu 75 m<sup>2</sup> und einer Höhe bis zu 5 m.</p>	<p>2. Fliegende Bauten mit einer Höhe bis zu 5 m, die für Kinder betrieben werden und eine Geschwindigkeit von höchstens 1 m/s haben,</p> <p>3. Bühnen, die Fliegende Bauten sind, einschließlich Überdachungen und sonstigen Aufbauten mit einer Höhe bis zu 5 m, einer Grundfläche bis zu 100 m<sup>2</sup> und einer Fußbodenhöhe bis zu 1,50 m,</p> <p>4. erdgeschossige Zelte und betretbare Verkaufsstände, die Fliegende Bauten sind, jeweils mit einer Grundfläche bis zu 75 m<sup>2</sup>,</p> <p>5. aufblasbare Spielgeräte mit einer Höhe des betretbaren Bereichs von bis zu 5 m oder mit überdachten Bereichen, bei denen die Entfernung zum Ausgang nicht mehr als 3 m, sofern ein Absinken der Überdachung konstruktiv verhindert wird, nicht mehr als 10 m, beträgt.</p> <p>(...)</p>
<p>(4) Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann</p> <p>1. bestimmen, dass Ausführungsgenehmigungen für Fliegende Bauten nur durch bestimmte Bauaufsichtsbehörden erstellt werden dürfen,</p> <p>2. widerruflich oder befristet die Aufgaben der Bauaufsichtsbehörde nach § 76 ganz oder teilweise auf eine andere Stelle auch außerhalb des Landes Bremen übertragen, die der Aufsicht der obersten Bauaufsichtsbehörde untersteht oder an deren Willensbildung die oberste Bauaufsichtsbehörde mitwirkt.</p>	<p>(4) Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann</p> <p>1. bestimmen, dass Ausführungsgenehmigungen für Fliegende Bauten nur durch bestimmte Bauaufsichtsbehörden erstellt werden dürfen,</p> <p>2. widerruflich oder befristet die Aufgaben der Bauaufsichtsbehörde nach § 76 ganz oder teilweise auf eine andere Stelle zur Ausübung unter der Aufsicht der obersten Bauaufsichtsbehörde übertragen und die Vergütung dieser Stelle regeln.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                      gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                      gültig ab 1. Oktober 2018                      Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016                      Bremische Änderungen</b></p>
<p>(7) <sup>1</sup>Fliegende Bauten, die nach Absatz 2 Satz 1 einer Ausführungsgenehmigung bedürfen, dürfen unbeschadet anderer Vorschriften nur in Gebrauch genommen werden, wenn ihre Aufstellung der Bauaufsichtsbehörde des Aufstellungsortes unter Vorlage des Prüfbuches angezeigt ist. <sup>2</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann die Inbetriebnahme dieser Fliegenden Bauten von einer Gebrauchsabnahme abhängig machen. <sup>3</sup>Das Ergebnis der Abnahme ist in das Prüfbuch einzutragen. <sup>4</sup>In der Ausführungsgenehmigung kann bestimmt werden, dass Anzeigen nach Satz 1 nicht erforderlich sind, wenn eine Gefährdung im Sinne des § 3 Absatz 1 nicht zu erwarten ist.</p>	<p>(7) <sup>1</sup>Fliegende Bauten, die nach Absatz 2 Satz 1 einer Ausführungsgenehmigung bedürfen, dürfen unbeschadet anderer Vorschriften nur in Gebrauch genommen werden, wenn ihre Aufstellung der Bauaufsichtsbehörde des Aufstellungsortes unter Vorlage des Prüfbuches angezeigt ist. <sup>2</sup>Die Bauaufsichtsbehörde kann die Inbetriebnahme dieser Fliegenden Bauten von einer Gebrauchsabnahme abhängig machen. <sup>3</sup>Das Ergebnis der Abnahme ist in das Prüfbuch einzutragen. <sup>4</sup>In der Ausführungsgenehmigung kann bestimmt werden, dass Anzeigen nach Satz 1 nicht erforderlich sind, wenn eine Gefährdung im Sinne des § 3 nicht zu erwarten ist.</p>
<p><b>§ 77                      Verbot unrechtmäßig gekennzeichnete Bauprodukte</b></p>	<p><b>§ 77                      Verbot unrechtmäßig gekennzeichnete Bauprodukte</b></p>
<p>Sind Bauprodukte entgegen § 22 mit dem Ü-Zeichen gekennzeichnet, kann die Bauaufsichtsbehörde die Verwendung dieser Bauprodukte untersagen und deren Kennzeichnung entwerten oder beseitigen lassen.</p>	<p>Sind Bauprodukte entgegen § 21 mit dem Ü-Zeichen gekennzeichnet, kann die Bauaufsichtsbehörde die Verwendung dieser Bauprodukte untersagen und deren Kennzeichnung entwerten oder beseitigen lassen.</p>
<p><b>§ 78                      Einstellung von Arbeiten</b></p>	<p><b>§ 78                      Einstellung von Arbeiten</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Werden Anlagen im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet, geändert oder beseitigt, kann die Bauaufsichtsbehörde die Einstellung der Arbeiten anordnen. <sup>2</sup>Dies gilt auch dann, wenn</p> <p>1. die Ausführung eines Vorhabens entgegen den Vorschriften des § 72 Absatz 5 und 7 begonnen wurde oder</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Werden Anlagen im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errichtet, geändert oder beseitigt, kann die Bauaufsichtsbehörde die Einstellung der Arbeiten anordnen. <sup>2</sup>Dies gilt auch dann, wenn</p> <p>1. die Ausführung <b>oder Beseitigung</b> eines Vorhabens entgegen den Vorschriften des § 61 Absatz 3 <b>oder</b> § 72 Absatz 5 und 7 begonnen</p>

<p align="center"><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401) gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p align="center"><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320) gültig ab 1. Oktober 2018 Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016 Bremische Änderungen</b></p>
<p>2. bei der Ausführung</p> <p>a) eines genehmigungsbedürftigen Bauvorhabens von den genehmigten Bauvorlagen,</p> <p>b) eines genehmigungsfreigestellten Bauvorhabens von den eingereichten Bauvorlagen</p> <p>abgewichen wird,</p> <p>3. Bauprodukte verwendet werden, die entgegen § 17 Absatz 1 keine CE-Kennzeichnung oder kein Übereinstimmungszeichen tragen,</p> <p>4. Bauprodukte verwendet werden, die unberechtigt mit der CE-Kennzeichnung (§ 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) oder dem Übereinstimmungszeichen (§ 22 Absatz 4) gekennzeichnet sind.</p>	<p>wurde oder</p> <p>2. bei der Ausführung</p> <p>a) eines genehmigungsbedürftigen Bauvorhabens von den genehmigten Bauvorlagen,</p> <p>b) eines genehmigungsfreigestellten Bauvorhabens von den eingereichten Bauvorlagen</p> <p>abgewichen wird,</p> <p>3. Bauprodukte verwendet werden, die entgegen <b>der Verordnung (EU) Nummer 305/2011</b> keine CE-Kennzeichnung oder <b>entgegen § 21</b> kein Ü-Zeichen tragen,</p> <p>4. Bauprodukte verwendet werden, die unberechtigt mit der CE-Kennzeichnung oder dem Ü-Zeichen (<b>§ 21 Absatz 3</b>) gekennzeichnet sind,</p>
<p align="center"><b>§ 80 Bauüberwachung</b></p>	<p align="center"><b>§ 80 Bauüberwachung</b></p>
<p>(4) Im Rahmen der Bauüberwachung ist jederzeit Einblick in die Genehmigungen, Zulassungen, Prüfzeugnisse, Übereinstimmungszertifikate, Zeugnisse und Aufzeichnungen über die Prüfungen von Bauprodukten, in die Bautagebücher und andere vorgeschriebene Aufzeichnungen zu gewähren.</p>	<p>(4) Im Rahmen der Bauüberwachung ist jederzeit Einblick in die Genehmigungen, Zulassungen, Prüfzeugnisse, Übereinstimmungszertifikate, Zeugnisse und Aufzeichnungen über die Prüfungen von Bauprodukten, <b>in die CE-Kennzeichnungen und Leistungserklärungen nach der Verordnung (EU) Nummer 305/2011</b>, in die Bautagebücher und andere vorgeschriebene Aufzeichnungen zu gewähren.</p>
	<p>(5) <b>Die Bauaufsichtsbehörde soll, soweit sie im Rahmen der Bauüberwachung Erkenntnisse über systematische Rechtsverstöße gegen die Verordnung (EU) 305/2011 erlangen, diese der für die Marktüber-</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>wachung zuständigen Stelle mitteilen.</p>
	<p>(6) Die Bauaufsichtsbehörde kann die Vorlage von Bescheinigungen, Bestätigungen oder sonstige Erklärungen der herstellenden Unternehmen oder sachkundigen Lieferfirmen über die ordnungsgemäße Beschaffenheit und den fachgerechten Einbau von Bauprodukten verlangen.</p>
<p><b>§ 81                  Bauzustandsanzeigen, Aufnahme der Nutzung</b></p>	<p><b>§ 81                  Bauzustandsanzeigen, Aufnahme der Nutzung</b></p>
<p>(2) <sup>1</sup>Der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung einer nicht verfahrensfreien baulichen Anlage mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.  <sup>2</sup>Eine bauliche Anlage darf erst benutzt werden, wenn sie selbst, Zufahrtswege, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungs- sowie Gemeinschaftsanlagen in dem erforderlichen Umfang sicher benutzbar sind, nicht jedoch vor dem in Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt.  <sup>3</sup>Feuerstätten dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn der Bezirksschornsteinfegermeister die Tauglichkeit und die sichere Benutzbarkeit der Abgasanlagen bescheinigt hat; Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke dürfen erst dann in Betrieb genommen werden, wenn er die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der Leitungen zur Abführung von Verbrennungsgasen bescheinigt hat.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung einer nicht verfahrensfreien baulichen Anlage mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.  <sup>2</sup>Eine bauliche Anlage darf erst benutzt werden, wenn sie selbst, Zufahrtswege, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungs- sowie Gemeinschaftsanlagen in dem erforderlichen Umfang sicher benutzbar sind, nicht jedoch vor dem in Satz 1 bezeichneten Zeitpunkt.  <sup>3</sup>Feuerstätten oder andere ortsfeste Feuerungsanlagen dürfen erst in Betrieb genommen werden, wenn die bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin oder der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger ihre sichere Benutzbarkeit sowie die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der zugehörigen Abgasanlagen oder Lüftungsanlagen, in die Abgase eingeleitet werden, geprüft und bescheinigt hat; Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke dürfen erst dann in Betrieb genommen werden, wenn er oder sie die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der Leitungen zur Abführung von Verbrennungsgasen bescheinigt hat.  <sup>4</sup>Satz 3 gilt auch bei einer wesentlichen Änderung von Anlagen.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 83</b>  <b>Ordnungswidrigkeiten</b></p>	<p><b>§ 83</b>  <b>Ordnungswidrigkeiten</b></p>
<p>(1) <sup>1</sup>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig                  (...)</p> <p>7. ohne die erforderliche Baugenehmigung (§ 59 Absatz 1), Teilbaugenehmigung (§ 74) oder Abweichung (§ 67) oder abweichend davon bauliche Anlagen errichtet, ändert, benutzt oder entgegen § 61 Absatz 3 Satz 2 bis 5 beseitigt,                  (...)</p> <p>11. entgegen der Vorschrift in § 72 Absatz 6 mit Bauarbeiten beginnt, entgegen der Vorschrift in § 61 Absatz 3 Satz 6 mit der Beseitigung einer Anlage beginnt, entgegen den Vorschriften in § 81 Absatz 1 Bauarbeiten fortsetzt oder entgegen der Vorschrift in § 81 Absatz 2 Satz 1 und 2 bauliche Anlagen nutzt oder entgegen § 81 Absatz 2 Satz 3 Feuerstätten oder Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke in Betrieb nimmt,                  (...)</p> <p>13. Bauprodukte mit dem Übereinstimmungszeichen kennzeichnet, ohne dass dafür die Voraussetzungen nach § 22 Absatz 4 vorliegen,</p> <p>14. Bauprodukte entgegen § 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ohne das Übereinstimmungszeichen verwendet,</p> <p>15. Bauarten entgegen § 21 ohne allgemeine bauaufsichtliche Zulassung, allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis oder Zustimmung</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig                  (...)</p> <p>7. ohne die erforderliche Baugenehmigung (§ 59 Absatz 1), Teilbaugenehmigung (§ 74) oder Abweichung (§ 67) oder abweichend davon bauliche Anlagen errichtet, ändert, benutzt oder entgegen § 61 Absatz 3 Sätze 2 bis <b>4</b> beseitigt,                  (...)</p> <p>11. entgegen der Vorschrift des § 72 Absatz 6 Bauarbeiten, entgegen der Vorschrift des § 61 Absatz 3 Satz <b>6</b> mit der Beseitigung einer Anlage beginnt, entgegen den Vorschriften in § 81 Absatz 1 Bauarbeiten fortsetzt oder entgegen der Vorschrift in § 81 Absatz 2 Satz 1 und 2 bauliche Anlagen nutzt oder entgegen § 81 Absatz 2 Satz 3 Feuerstätten oder Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke in Betrieb nimmt,                  (...)</p> <p>13. Bauprodukte mit dem Übereinstimmungszeichen kennzeichnet, ohne dass dafür die Voraussetzungen nach <b>§ 21 Absatz 3</b> vorliegen,</p> <p>14. Bauprodukte entgegen <b>§ 21 Absatz 3</b> ohne das Übereinstimmungszeichen verwendet,</p> <p>15. Bauarten entgegen <b>§ 16 a</b> ohne <b>Bauartgenehmigung</b> oder allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis <b>für Bauarten</b> anwendet,</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>im Einzelfall anwendet,</p> <p>16. als Bauherr, Entwurfsverfasser, Unternehmer, Bauleiter oder als deren Vertreter den Vorschriften in § 53 Absatz 1, § 54 Absatz 1 Satz 3, § 55 Absatz 1 oder § 56 Absatz 1 zuwiderhandelt.</p> <p><sup>2</sup>Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Satz 1 Nummer 14 bis 16 begangen worden, können Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, eingezogen werden; § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.</p>	<p>16. als Bauherr, Entwurfsverfasser, Unternehmer, Bauleiter oder als deren Vertreter den Vorschriften der §§ 53 Absatz 1 <b>Sätze 1, 2, 4 und 5</b>, 54 Absatz 1 Satz 3, 55 Absatz 1 <b>Sätze 1 und 2</b> oder 56 Absatz 1 zuwiderhandelt.</p> <p>17. <b>entgegen § 58 Absatz 6 Satz 4 eine Maßnahme nicht duldet oder entgegen § 58 Absatz 7 eine Auskunft nicht vollständig oder nicht innerhalb der gesetzten Frist erteilt, oder die verlangte Unterlage innerhalb der gesetzten Frist nicht vorlegt.</b></p> <p><sup>2</sup>Ist eine Ordnungswidrigkeit nach Satz 1 Nummer 14 bis 16 begangen worden, können Gegenstände, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, eingezogen werden; § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.</p>
<p>(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer wider besseres Wissen</p> <p>1. unrichtige Angaben macht oder unrichtige Pläne oder Unterlagen vorlegt, um eine nach diesem Gesetz vorgesehene Genehmigungsfreistellung, Prüfpflicht oder einen nach diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltungsakt zu erwirken oder zu verhindern,</p> <p>2. als Prüfsachverständiger unrichtige Prüfberichte erstellt.</p>	<p>(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer wider besseres Wissen</p> <p>1. unrichtige Angaben macht oder unrichtige Pläne oder Unterlagen vorlegt, um eine nach diesem Gesetz vorgesehene Genehmigungsfreistellung, Prüfpflicht oder einen nach diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltungsakt zu erwirken oder zu verhindern,</p> <p>2. als Prüfsachverständiger unrichtige Prüfberichte erstellt.</p> <p><b>3. unrichtige Angaben im Kriterienkatalog nach § 66 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 macht.</b></p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 84</b>  <b>Rechtsvorschriften</b></p>	<p><b>§ 84</b>  <b>Rechtsvorschriften</b></p>
<p>(1) Zur Verwirklichung der in § 3 Absatz 1 und 2 bezeichneten Anforderungen wird die oberste Bauaufsichtsbehörde ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen über                  (...)</p>	<p>(1) Zur Verwirklichung der in §§ 3, 16 a Absatz 1 und 16 b Absatz 1 bezeichneten Anforderungen wird die oberste Bauaufsichtsbehörde ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen über                  (...)</p>
<p>(4) Die oberste Bauaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Zuständigkeit für die Zustimmung und den Verzicht auf Zustimmung im Einzelfall (§ 20)</li> </ol> <p>a) auf unmittelbar der obersten Bauaufsichtsbehörde nachgeordnete Behörden,</p> <p>b) für Bauprodukte, die in Baudenkmälern nach Denkmalschutzgesetz verwendet werden sollen, allgemein oder für bestimmte Bauprodukte auf die untere Bauaufsichtsbehörde zu übertragen,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. die Zuständigkeit für die Anerkennung von Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen (§ 25 Absatz 1 und 3) auf andere Behörden zu übertragen; die Zuständigkeit kann auch auf eine Behörde eines anderen Landes übertragen werden, die der Aufsicht einer obersten Bauaufsichtsbehörde untersteht oder an deren Willensbildung die oberste Bauaufsichtsbehörde mitwirkt,</li> </ol>	<p>(4) Die oberste Bauaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Zuständigkeit für die vorhabenbezogene Bauartgenehmigung nach § 16 a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und den Verzicht darauf im Einzelfall nach § 16 a Absatz 4 sowie die Zustimmung und den Verzicht auf Zustimmung im Einzelfall (§ 20)</li> </ol> <p>a) auf unmittelbar der obersten Bauaufsichtsbehörde nachgeordnete Behörden oder auf das Deutsche Institut für Bautechnik in Berlin</p> <p>b) für Bauprodukte, die in Baudenkmälern nach Denkmalschutzgesetz verwendet werden sollen, allgemein oder für bestimmte Bauprodukte auf die untere Bauaufsichtsbehörde zu übertragen,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. die Zuständigkeit für die Anerkennung von Prüf-, Zertifizierungs- und Überwachungsstellen (§ 25 Absatz 1 und 3) auf andere Behörden zu übertragen; die Zuständigkeit kann auch auf eine Behörde eines anderen Landes übertragen werden, die der Aufsicht einer obersten Bauaufsichtsbehörde untersteht oder an deren Willensbildung die oberste Bauaufsichtsbehörde mitwirkt,</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>3. das Übereinstimmungszeichen festzulegen und zu diesem Zeichen zusätzliche Angaben zu verlangen,</p> <p>4. das Anerkennungsverfahren nach § 25 Absatz 1, die Voraussetzungen für die Anerkennung, ihre Rücknahme, ihren Widerruf und ihr Erlöschen zu regeln, insbesondere auch Altersgrenzen festzulegen, sowie eine ausreichende Haftpflichtversicherung zu fordern.</p>	<p>3. das Übereinstimmungszeichen festzulegen und zu diesem Zeichen zusätzliche Angaben zu verlangen,</p> <p>4. das Anerkennungsverfahren nach § 25 <b>Absatz 4</b>, die Voraussetzungen für die Anerkennung, ihre Rücknahme, ihren Widerruf und ihr Erlöschen zu regeln, insbesondere auch Altersgrenzen festzulegen, sowie eine ausreichende Haftpflichtversicherung zu fordern.</p>
<p><b>§ 17 (4)</b> Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung vorschreiben, dass für bestimmte Bauprodukte, auch soweit sie Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, hinsichtlich dieser Anforderungen bestimmte Nachweise der Verwendbarkeit und bestimmte Übereinstimmungsnachweise nach Maßgabe der §§ 17 bis 20 und der §§ 22 bis 25 zu führen sind, wenn die anderen Rechtsvorschriften diese Nachweise verlangen oder zulassen.</p> <p><b>§ 21 (2)</b> Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung vorschreiben, dass für bestimmte Bauarten, auch soweit sie Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, Absatz 1 ganz oder teilweise anwendbar ist, wenn die anderen Rechtsvorschriften dies verlangen oder zulassen.</p>	<p><b>(4a)</b> Die oberste Bauaufsichtsbehörde kann durch Rechtsverordnung vorschreiben, dass für bestimmte Bauprodukte und Bauarten, auch soweit sie Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften unterliegen, hinsichtlich dieser Anforderungen §§ 16 a Absatz 2, 17 bis 25 ganz oder teilweise anwendbar sind, wenn die anderen Rechtsvorschriften dies verlangen oder zulassen.</p>
<p>(5) <sup>1</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass die Anforderungen der aufgrund des § 14 des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes und des § 49 Absatz 4 des Energiewirtschaftsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend für Anlagen gelten, die weder gewerblichen noch wirtschaftlichen Zwecken dienen und in deren Gefahrenbereich auch keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. <sup>2</sup>Sie kann auch die Verfahrensvorschriften dieser Verordnungen für anwendbar erklären oder selbst das</p>	<p>(5) <sup>1</sup>Die oberste Bauaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass die Anforderungen der aufgrund des <b>§ 34 des Gesetzes über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz)</b> und des <b>§ 49 Absatz 4</b> des Energiewirtschaftsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend für Anlagen gelten, die weder gewerblichen noch wirtschaftlichen Zwecken dienen und in deren Gefahrenbereich auch keine Arbeitnehmer be-</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>Verfahren bestimmen sowie Zuständigkeiten und Gebühren regeln.  <sup>3</sup>Dabei kann sie auch vorschreiben, dass danach zu erteilende Erlaubnisse die Baugenehmigung, einschließlich der zugehörigen Abweichungen, einschließen sowie dass § 15 Absatz 2 des Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes insoweit Anwendung findet.</p>	<p>schäftigt werden. <sup>2</sup>Sie kann auch die Verfahrensvorschriften dieser Verordnungen für anwendbar erklären oder selbst das Verfahren bestimmen sowie Zuständigkeiten und Gebühren regeln. <sup>3</sup>Dabei kann sie auch vorschreiben, dass danach zu erteilende Erlaubnisse die Baugenehmigung oder die Zustimmung nach § 77 einschließlich der zugehörigen Abweichungen einschließen sowie dass § 35 Absatz 2 ProdSG insoweit Anwendung findet.</p>
	<p><b>§ 85</b>  <b>Technische Baubestimmungen</b></p>
<p><b>§ 3 (3)</b> <sup>1</sup>Die von der obersten Bauaufsichtsbehörde durch öffentliche Bekanntmachung als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln sind zu beachten. <sup>2</sup>Bei der Bekanntmachung kann hinsichtlich ihres Inhalts auf die Fundstelle verwiesen werden.  <sup>3</sup>Von den Technischen Baubestimmungen kann abgewichen werden, wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die allgemeinen Anforderungen des Absatzes 1 erfüllt werden; § 17 Absatz 3 und § 21 bleiben unberührt.</p>	<p>(1) <sup>1</sup>Die Anforderungen nach § 3 können durch Technische Baubestimmungen konkretisiert werden. <sup>2</sup>Die Technischen Baubestimmungen sind zu beachten.  <sup>3</sup>Von den in den Technischen Baubestimmungen enthaltenen Planungs-, Bemessungs- und Ausführungsregelungen kann abgewichen werden, wenn mit einer anderen Lösung in gleichem Maße die Anforderungen erfüllt werden und in der Technischen Baubestimmung eine Abweichung nicht ausgeschlossen ist; §§ 16 a Absatz 2, 17 Absatz 1 und 67 Absatz 1 bleiben unberührt.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(2) Die Konkretisierungen können durch Bezugnahmen auf technische Regeln und deren Fundstellen oder auf andere Weise erfolgen, insbesondere in Bezug auf :</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bestimmte bauliche Anlagen oder ihre Teile,</li> <li>2. die Planung, Bemessung und Ausführung baulicher Anlagen und ihrer Teile,</li> </ol>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)                  gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)                  gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p>3. die Leistung von Bauprodukten in bestimmten baulichen Anlagen oder ihren Teilen, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Planung, Bemessung und Ausführung baulicher Anlagen bei Einbau eines Bauprodukts,</li> <li>b) Merkmale von Bauprodukten, die sich für einen Verwendungszweck auf die Erfüllung der Anforderungen nach § 3 auswirken,</li> <li>c) Verfahren für die Feststellung der Leistung eines Bauproduktes im Hinblick auf Merkmale, die sich für einen Verwendungszweck auf die Erfüllung der Anforderungen nach § 3 auswirken,</li> <li>d) zulässige oder unzulässige besondere Verwendungszwecke,</li> <li>e) die Festlegung von Klassen und Stufen in Bezug auf bestimmte Verwendungszwecke,</li> <li>f) die für einen bestimmten Verwendungszweck anzugebende oder erforderliche und anzugebende Leistung in Bezug auf ein Merkmal, das sich für einen Verwendungszweck auf die Erfüllung der Anforderungen nach § 3 auswirkt, soweit vorgesehen in Klassen und Stufen,</li> </ul> <p>4. die Bauarten und die Bauprodukte, die nur eines allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisses nach § 16a Absatz 3 oder nach § 19 Absatz 1 bedürfen,</p> <p>5. Voraussetzungen zur Abgabe der Übereinstimmungserklärung für ein Bauprodukt nach § 22,</p> <p>6. die Art, den Inhalt und die Form technischer Dokumentation.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(3) Die Technischen Baubestimmungen sollen nach den Grundanforderungen gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 gegliedert sein.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(4) Die Technischen Baubestimmungen enthalten die in § 17 Absatz 3 genannte Liste.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(5) <sup>1</sup>Das Deutsche Institut für Bautechnik macht nach Anhörung der beteiligten Kreise im Einvernehmen mit der obersten Bauaufsichtsbehörde zur Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen die Technischen Baubestimmungen nach Absatz 1 als Verwaltungsvorschrift bekannt. <sup>2</sup>Die nach Satz 1 bekannt gemachte Verwaltungsvorschrift gilt als Verwaltungsvorschrift <b>des Landes Bremen</b>, soweit die oberste Bauaufsichtsbehörde keine abweichende Verwaltungsvorschrift erlässt.</p>
<p><b>§ 85</b>  <b>Örtliche Bauvorschriften</b></p>	<p><b>§ 86</b>  <b>Örtliche Bauvorschriften</b></p>
<p>(1) Die Gemeinden können durch Satzung örtliche Bauvorschriften erlassen über                  (...)                  3. die Lage Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen (§ 8 Absatz 3)</p>	<p>(1) Die Gemeinden können durch Satzung örtliche Bauvorschriften erlassen über                  (...)                  3. die Lage Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen, <b>die Höhe und Verwendung von Ablösungsbeträgen</b> (§ 8 Absatz 3 und 4)</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p>4. Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze und Fahrradabstellplätze (§ 49 Absatz 1), die unter Berücksichtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, der Bedürfnisse des ruhenden Verkehrs und der Erschließung durch Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs für Anlagen erforderlich sind, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern zu erwarten ist (notwendige Stellplätze, notwendige Fahrradabstellplätze), einschließlich des Mehrbedarfs bei Änderungen und Nutzungsänderungen der Anlagen, sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösungsbeträge, die nach Art der Nutzung und Lage der Anlage unterschiedlich geregelt werden kann,</p>	<p>4. Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze und Fahrradabstellplätze <b>einschließlich deren Zubehörunutzungen</b> (§ 49 Absatz 1), die unter Berücksichtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, der Bedürfnisse des ruhenden Verkehrs, <b>der städtebaulichen Situation</b> und der Erschließung durch Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs für Anlagen erforderlich sind, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern <b>oder fahrradähnlichen Leichtkrafträdern</b> zu erwarten ist (notwendige Stellplätze, notwendige Fahrradabstellplätze), einschließlich des Mehrbedarfs bei Änderungen und Nutzungsänderungen der Anlagen, sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösungsbeträge, die nach Art der Nutzung und Lage der Anlage unterschiedlich geregelt werden kann,</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>8. <b>die Bestimmung, dass abweichend von § 2 Absatz 6 Satz 2 und Absatz 7 beide oberste Geschosse als Vollgeschoss gelten oder nur ein oberstes Geschoss als Vollgeschoss gilt.</b></p>
<p>(3) <sup>1</sup>Örtliche Bauvorschriften können auch durch Bebauungsplan oder, soweit das Baugesetzbuch dies vorsieht, durch andere Satzungen nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs erlassen werden. <sup>2</sup>In diesen Fällen sind, soweit das Baugesetzbuch kein abweichendes Verfahren regelt, die Vorschriften des Ersten und des Dritten Abschnitts des Ersten Teils, des Ersten Abschnitts des Zweiten Teils des Ersten Kapitels, die §§ 30, 31, 33, 36, 214 und 215 BauGB entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(2) <sup>1</sup>Örtliche Bauvorschriften können auch durch Bebauungsplan oder, soweit das BauGB dies vorsieht, durch andere Satzungen nach den Vorschriften des BauGB erlassen werden. <sup>2</sup>Werden die örtlichen Bauvorschriften durch Bebauungsplan oder durch eine sonstige städtebauliche Satzung nach dem BauGB erlassen, so sind die Vorschriften des Ersten und des Dritten Abschnitts des Ersten Teils, des Ersten Abschnitts des Zweiten Teils, die §§ <b>13, 13a</b>, 30, 31, 33, 36, 214 und 215<b>a</b> BauGB entsprechend anzuwenden.</p>



<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
<p><b>§ 86</b>  <b>Übergangsvorschriften</b></p>	<p><b>§ 87</b>  <b>Übergangsvorschriften</b></p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(2) Die Verwendung des Ü-Zeichens auf Bauprodukten, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 tragen, ist mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr zulässig. Sind bereits in Verkehr gebrachte Bauprodukte, die die CE-Kennzeichnung aufgrund der Verordnung (EU) Nummer 305/2011 tragen, mit dem Ü-Zeichen gekennzeichnet, verliert das Ü-Zeichen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes seine Gültigkeit.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(3) Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes für Bauarten erteilte allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen oder Zustimmungen im Einzelfall gelten als Bauartgenehmigung fort.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(4) Bestehende Anerkennungen als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen bleiben in dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geregelten Umfang wirksam. Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellte Anträge gelten als Anträge nach diesem Gesetz.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(5) Bis zum Inkrafttreten angepasster örtlicher Bauvorschriften nach § 86 Absatz 1 Nummer 3 für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ist § 8 Absatz 4 Satz 2 der Bremische Landesbauordnung vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S.401), die zuletzt durch Gesetz vom 27. Mai 2014 (Brem.GBl. S. 263) geändert worden ist, weiter anzuwenden.</p>

<p><b>BremLBO vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S. 401)</b>  <b>gültig bis 30. September 2018</b></p>	<p><b>BremLBO vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S.320)</b>  <b>gültig ab 1. Oktober 2018</b>  <b>Anpassungen an die MBO-Änderungen 2012 - 2016</b>  <b>Bremische Änderungen</b></p>
	<p><b>§ 88</b>  <b>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b></p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(1) <sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Bremische Landesbauordnung vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl. S.401), die zuletzt durch Gesetz vom 27. Mai 2014 (Brem.GBl. S. 263) geändert worden ist, außer Kraft.</p>
<p><i>neue Regelung</i></p>	<p>(2) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.</p>